

Vorwärts

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Bestellungs-
 Preisliste für 1901 unter Nr. 7671.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 jeils oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „Klein-Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 10 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Mittwoch, den 23. Oktober 1901.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Schutzzöllnerische Strömungen in Oestreich-Ungarn.

Die Rede des österreichischen Ministerpräsidenten in der ersten Sitzung des wiedereröffneten Reichsrats hat durch die Schärfe, mit der sie sich gegen den deutschen Zolltarif wandte, in der deutschen Presse vielfach Ueberraschung hervorgerufen. Diese Ueberraschung zeigt aber nur, daß man die mannigfachen Verschärfungen in der Wirtschaftslage des Donaufaates noch immer nicht begreift und das Oestreich von 1900 noch nach dem von 1890 beurteilt.

Als 1890 die Vertragsverhandlungen begannen, die später zur Abschließung des deutsch-österreichischen Handelsvertrages führten, spielte der Brotgetreide-Export für die österreichische Monarchie, vor allem für die östliche Reichshälfte, noch eine beträchtliche Rolle. Nach der österreichischen Handelsstatistik betrug im Jahre 1891 die Gesamteinfuhr an Getreide und Mehl nur erst 18,5, die Gesamtausfuhr aber 106,2 Millionen Gulden, der Ueberschuss der Ausfuhr über die Einfuhr also 87,7 Millionen Gulden oder rund 149 Millionen Mark. Allein an Roggen und Weizen gingen in jenem Jahre 114 066 Tonnen nach Deutschland. Speziell Ungarn war in erheblichem Maße am Getreide-Export interessiert. Heute haben sich diese Verhältnisse fast völlig verschoben. Schon in 1898 hat die Gesamteinfuhr von Getreide und Mehl in Oestreich-Ungarn die Ausfuhr um 17,6 Millionen Gulden überstiegen, und während früher Deutschland einen bedeutenden Teil seines Brotgetreides aus den österreichischen Ländern erhielt, hat es in den drei letzten Jahren weit mehr dorthin geliefert, als von dort bezogen. Ungarn, einst die wichtigste Kornkammer Mitteleuropas, sucht sich jetzt selbst der Getreidemengen zu erwehren, die teils von Rußland, teils von den Balkanländern über seine Grenzen hereinströmen, und wie bei uns in den siebziger Jahren der Rückgang der Weizenausfuhr nach England das Einlenken der bisher freihändlerischen preussischen Junker in schutzzöllnerische Bahnen bewirkte, hat auch in Ungarn während der letzten Jahre die schutzzöllnerische Bewegung unter den Agrariern stetig an Ausdehnung gewonnen, so daß schon im vorigen Jahre der ungarische Landesagrarverein einen mit Minimal- und Maximalhöhen ausgestatteten Zolltarif aufgestellt hat, der unter andern folgende absurde Forderungen erhebt:

	Minimalhöhen pro 100 Kilogr.	Maximalhöhen pro 100 Kilogr.	Jetziger allgemeiner Tarif
Weizen	9 M.	11 M.	8 M.
Roggen	5 "	7 "	3 "
Gerste	5 "	5 "	1,50 "
Hopfen	60 "	90 "	20 "
Malz	8 "	12 "	3 "
Eier	10 "	15 "	3 "

Zugleich mit dem Rückgang seiner Bedeutung als Getreide-Exportland aber hat sich in Ungarn, unterstützt durch Subventionen und die Eisenbahnpolitik der ungarischen Regierung, eine nicht unbeträchtliche einheimische Industrie entwickelt, die für sich den einheimischen Markt als ihr natürliches Absatzgebiet reklamiert und, um sich die fremde Konkurrenz vom Leibe zu halten, ebenfalls hohen Zollschutz für ihre Fabrikate fordert: ein Verlangen, in dem sie von der ungarischen Regierung wie von einem großen Teil der ungarischen Latifundienbesitzer unterstützt wird. Ähnlich wie in den Jahren 1878/79 in Deutschland ist auch in Ungarn zwischen Großgrundbesitz und Großindustrie eine Art Koalition zu stande gekommen. Die Industrie unterstützt die Agrarzollforderungen der Großlandwirte, und diese wieder als Entgelt jene der Industriellen: ein Profitbündnis, das in dem Antagonismus des Magnatenums gegen Oestreich und in der häufigen Beteiligung der ungarischen Magnaten an industriellen Unternehmungen noch eine weitere Grundlage findet.

Und diese ungarischen Schutzollbestrebungen gelten nicht nur der fremdländischen Konkurrenz; sie richten sich, wenigstens was die Industriellen anbetrifft, nicht minder gegen die Industrieländer der westlichen Reichshälfte, vornehmlich Nieder-Oestreich und Böhmen, deren Fabrikate noch immer im großen und ganzen den ungarischen Markt behaupten. Die ungarischen Industriellen fordern deshalb eine Art wirtschaftlicher Autonomie Ungarns, und manchem erscheint es nur als vorteilhaft, wenn die jetzige Zollfreiheit mit Oestreich, die auf einer gebrechlichen Notzwangsverordnung des § 14 aus dem Jahre 1899 beruht, baldigst in die Brüche gehen möchte. Zum mindesten fordern sie, daß der sogenannte Ausgleich ihnen gegen die Konkurrenz der österreichischen Industrie-Länder gewisse Vorteile zusichert. Diese Bestrebungen sind es, auf die sich die Worte der Koerber'schen Rede beziehen: „Es ist ein Lebensinteresse des Gesamtreiches, daß jede Hälfte wisse und anerkenne, daß sie den nächsten und zuverlässigsten Markt in der andern besitzt und daß sie mit ihren Produkten über die Grenzen der Monarchie nur dann erfolgreich hinausbringen kann, wenn die engherzigen Rivalitäten innerhalb derselben aufhören.“

Doch auch in der Westhälfte des Reiches hat sich in den letzten zehn Jahren eine weitere Industrialisierung vollzogen. Die Eisen-, Maschinen- und Zuckerindustrie hat bedeutend an Umfang zugenommen, ebenso die chemische Industrie, die Baumwollweberei, die Papier- und Lederindustrie, die böhmische Leinen-, Quincallerie- und Glasfabrikation usw.

Und sie alle sind mehr oder weniger schutzzöllnerisch gestimmt. Teils sind sie zwar zweifellos, wie z. B. die Eisenindustrie, dem Ausland gegenüber konkurrenzfähig, ziehen es aber, gleich den deutschen Konkurrenten, vor, sich durch hohe Zölle den inneren Markt zu sichern, um ihm nach Belieben hohe Preise auferlegen zu können. Teils befinden sie sich thatsächlich gegenüber dem deutschen und englischen Rivalen in einem gewissen Nachteil. Sind fast durchweg die Löhne in den österreichischen Industriegebieten auch etwas niedriger als in den deutschen, so ist andererseits der Steuerdruck ein stärkerer, und zudem fehlt es an billigen Bahnverbindungen und Wasserstraßen.

Dennoch trotz dieser hochschutzzöllnerischen Strömung in Oestreich-Ungarn sind für Deutschland die Handhaben zur Abschließung eines günstigen Handelsvertrages mit der habsburgischen Monarchie gegeben. Kommt sie auch als Lieferantin für Brotgetreide nicht mehr in Betracht, so um so mehr als Exporteurin von Holz, Gerste, Malz, Vieh, Eier, Obst, Hopfen, Butter, Bier, Garnen, Schuhwaren, lebernen Handschuhen usw. Es führte z. B. Oestreich im letzten Jahre in das deutsche Zollgebiet ein:

Baum- und Kuchholz	92,9 Mill. Mark
Gerste und Gerstenmalz	64,5 "
Eier und Eigelb	47,8 "
Ochsen	25,6 "
Kühe und Jungvieh	18,1 "
Pferde	8,0 "
Saat (Klee, Hafer, Luzerne etc.)	9,3 "
Obst	8,1 "
Hopfen	6,7 "
Butter	6,0 "
Bier in Fässern	9,9 "
Garne, ungefarbt	9,1 "
Handschuhe, leberne	8,1 "
Schuhwaren, feine	6,1 "

Zunmerhin ist also die östreich-ungarische Landwirtschaft erheblich an dem Export nach Deutschland interessiert, und wenn die deutsche Regierung sie an diesem Interesse partizipieren wollte, wenn sie sich zu Zollermäßigungen oder wenigstens zur Beibehaltung der bisherigen Zollsätze auf die obigen Ausfuhrartikel der landwirtschaftlichen Produktion Oestreichs verstände, so wäre sicher, daß bei dem Einfluß der östreich-ungarischen Agrarier auf die Regierung des Donaufaates doch schließlich die österreichischen Großindustriellen sich mit einer recht wesentlichen Herabminderung ihrer verschiedenen Zollwünsche würden zufrieden geben müssen. Anstatt dessen sieht jedoch der deutsche Zolltarif-Entwurf unterschiedslos für fast sämtliche Artikel der österreichischen Ausfuhr, für die landwirtschaftlichen wie für die industriellen, exorbitante Zollhöhdungen vor. Daß ein solches Verfahren die auf die Ausfuhr nach Deutschland angewiesenen östreich-ungarischen Agrarier in die Arme der industriellen Hochschutzzöllner treiben, daß es als ein dem ganzen österreichischen Wirtschaftsleben zugedachter Schlag empfunden werden muß, ist um so begreiflicher, als für das ärmere Oestreich die Ausfuhr nach Deutschland eine ungleich größere wirtschaftliche Bedeutung hat, als für Deutschland seine Ausfuhr nach Oestreich-Ungarn. Denn der Export des letzteren nach Deutschland hat sich in den letzten sechs Jahren zwischen 47,2 bis 48,4 Proz. seines Gesamtexports bewegt, während die Ausfuhr Deutschlands nach seinem südlichen Nachbarn in diesem Zeitraum nie 12,7 Proz. seines Totalexports überschritten hat.

Die Koerber'sche Rede ist nur erst die Overture zum Kampf, den uns nach allen Seiten hin der neue Zolltarif eintragen wird. Die nächste Folge wird sein, daß Oestreich mit einem Tarif herausrukt, der den deutschen Entwurf noch übertrumpft. Als schließliches Facit ergibt sich entweder der Zollkrieg oder eine Kapitulation von Handelsverträgen, welche die beiderseitigen Handelsbeziehungen stark reduziert, beide Teile schädigt und neben den wirtschaftlichen scharfe politische Gegensätze schafft.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 22. Oktober.

Die Kündigung der Handelsverträge.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht an hervorragender Stelle folgende offizielle Regierungsknote:

„In verschiedenen Blättern begegnen wir der Behauptung, daß die deutsche Regierung beabsichtige, die Handelsverträge überhaupt nicht zu kündigen. Es ist nicht recht verständlich, wie eine solche Anschauung entstehen konnte, wo ein neuer Zolltarif ausgearbeitet und allgemein bekannt ist, daß die deutsche Regierung mit Hilfe dieses Zolltarifs zu einer neuen Regelung der handelspolitischen Beziehungen zum Auslande, insbesondere unter stärkerem Schutze der heimischen Agrarprodukte, zu gelangen bezweckt. Der Entschluß, die geltenden Handelsverträge überhaupt nicht zu kündigen, wäre zweckwidrig und würde nur eine Stärkung der Position der ausländischen Staaten bedeuten, mit denen wir Handelsverträge auf neuer Basis abschließen wollen. Die deutsche Regierung muß sich also selbstverständlich freie Hand vorbehalten, im geeigneten Zeitpunkte die bestehenden Handelsverträge zu kündigen. Ob und wann dieser Zeitpunkt eintritt, hängt von dem weiteren Verlauf der Dinge, insbesondere von dem Zustandekommen des neuen Zolltarifs und von den Verhandlungen mit den anderen Staaten, ab.“

Die Note richtet sich gegen zwei Seiten, nicht nur gegen diejenigen, die etwa der Regierung die vernünftige Absicht zugemetzelt

haben, daß sie die bestehenden Handelsverträge erst dann kündigen werde, wenn neue Verträge gesichert sind. Die Note richtet sich gleicherweise — allerdings ohne diejenigen zu bezeichnen, die solche Zumutungen erhoben — gegen die Agrarier, welche die Kündigung der Handelsverträge vor der Fertigstellung des neuen Zolltarifs fordern.

Die „Deutsche Tageszeitung“, die „Kreuzzeitung“, die „Konj. Korresp.“ bedrängen seit Monaten die Regierung, sie solle möglichst bald die Verträge kündigen, damit, falls ein neuer Zolltarif im Reichstage nicht zu stande kommt, der Generaltarif in Kraft tritt, der alle agrarische Hochschutzzoll- und Zollkriegshoffnungen erfüllen würde. Es verlaute bereits, daß die Konservativen alsbald nach Wiederbeginn der Reichstagsession einen entsprechenden Antrag einzubringen beabsichtigen.

Es ist wahrlich nichts rühmendwertes, daß die Regierung solchen verderblichen Unfug in ihrer heutigen Note zurückweist. Sie würde sich damit völlig allen extrem-agrarischen Diktanden ausliefern und ohne Not und Anlaß die Handelsbeziehungen mit dem Auslande ruinieren. Die Regierung will sich vielmehr den „geeigneten Zeitpunkt“ für die Kündigung vorbehalten.

Wenn die Note sogar zu zweifeln scheint, „ob“ der geeignete Zeitpunkt überhaupt eintreten wird, so ist hierin wohl nicht eine Verschärfung der den extremen Agrariern abholden Regierungsauffassung der Rede, die Meinung der Regierung geht offenbar dahin, daß jetzt nicht gekündigt werden kann, daß die Kündigung aber als ein Trumpf gegen das Ausland zu geeigneter Zeit vorgenommen werden soll.

Dieser Trumpf ist natürlich nur eine lächerliche Illusion. In welchem Stadium der zollpolitischen Verhandlungen immer die Kündigung erfolgen würde, irgend welche Vorteile würden hierdurch nicht erzielt werden können.

Wohl aber wird durch die Erklärung der Absicht, vor Schluß neuer Verträge „zu geeigneter Zeit“ zu kündigen, dauernd Benützung in das gesamte Gewerksleben getragen und schwerer Schaden für Handel, Industrie und Arbeiterbevölkerung in Aussicht gestellt.

Der Generaltarif der französischen Vergarbeiter.

Die gewaltige Bewegung der französischen Vergarbeiter hält fortgesetzt die öffentliche Aufmerksamkeit regt, die ganze politische Lage in Frankreich steht stark unter ihrem Einfluß. Die Nationalisten suchen, wie immer, die Dinge für sich auszunutzen, unausgesetzt gefüllt sich ihre Presse damit, der Bewegung einen gewaltthätigen Charakter anzudichten. Dabei zeigt die Regierung durchaus nicht die ruhige Haltung, die allein bei Beurteilung des Streiks nötig wäre, sondern sie läßt sich in dem Strudel der Heye mit fortziehen.

In Montceau-les-Mines hat der Präsekt des Departements Saône-et-Loire provisorisch den Verkauf und den Transport ungenügender Militärgewehre und der dazu gehörigen Munition untersagt. Die Besitzer solcher Gewehre werden angewiesen, dieselben innerhalb dreier Tage auf der Mairie oder dem Polizeikommissariate abzuliefern. Nach Ablauf dieser Frist werden die nicht abgelieferten Waffen mit Beschlag belegt, und es wird gegen die Schuldigen gerichtliche vorgegangen werden.

Diese Verfügung, wie das ganze nervöse Verhalten der Regierung ist nur geeignet, die Erregung unter den Vergarbeitern zu steigern, anstatt beruhigend zu wirken.

Zu der Deputiertenkammer, die am Dienstag zusammentrat, ist der Vergarbeiter-Streit sofort Gegenstand der Verhandlung gewesen.

Der Deputierte für Pas-de-Calais Vergarbeiter G. S. I. brachte einen Antrag ein, welcher die Einführung eines Mindestlohnes in den Bergwerken verlangt. Ferner verlangt er den Arbeitstag auf 8 Stunden zu beschränken und ein Ruhegehalt von täglich 2 Frank nach 35jähriger Dienstzeit gesetzlich festzusetzen.

Baldec-Roussau erklärte, die Regierung habe ihre Ansicht über das Minimalgehalt geändert und ihre Meinung nicht geändert; er sei aber bereit, die Frage der Altersversorgung ebenso wie diejenige des achtstündigen Arbeitstages zu erörtern. An derartige Fragen müsse man jedoch mit großer Vorsicht herantreten. Die Regierung sei geneigt, die Reformen fortzuführen, welche sie begonnen habe, aber er wolle keine Versprechungen machen, welche er nicht halten könnte. Redner nimmt die Dringlichkeit an, lehnt jedoch die sofortige Beratung ab.

Biviani (Soc.) und Bouvry bestanden auf der sofortigen Besprechung. Schließlich nahm das Haus die Dringlichkeit an und lehnte mit 321 gegen 254 Stimmen die sofortige Beratung ab.

Die Mehrheit der Regierung war also sehr klein. Die Antwort des Ministerpräsidenten hält sich ganz in den engen Grenzen seines Schreibens, das er an die Leitung der Vergarbeiter selbst richtete. Sie läßt nicht erkennen, daß die Arbeiter auf irgendwie erhebliche socialpolitische Zugeständnisse zu rechnen haben.

Eine Entscheidung des Bundesausschusses der Vergarbeiter in Saint Etienne liegt noch nicht vor, die Verhandlungen werden geheim gehalten. Der Ausschuss richtete an Lamendin, den Sekretär der Vergarbeiter im Departement Pas-de-Calais, ein Schreiben, in welchem er demselben nahelegt, im Falle der Proklamierung des allgemeinen Ausstandes eine Versammlung des internationalen Ausschusses einzuberufen, damit man sich auf die ausländischen Verbände stützen könne.

Deutsches Reich.

Nachmal die Sachfrage.

Man schreibt uns: Die von dem Stadtverordneten Pauldirektor Kommissen in der Berliner Bürgermeisterversammlung am dem 23. der Städte-Ordnung versuchte Auslegung, nach der einer Stadt

das Recht, dieselbe Person wiederholt zum Bürgermeister zu wählen, nicht zuzulassen und daher der Oberpräsident berechtigt sein soll, eine Entscheidung über die Befähigung nicht herbeizuführen, wird auch von Staatsrechtlern vom Schlage der „National-Ztg.“ bis zur „Kreuz-Ztg.“ verfochten, nachdem sich der Oberpräsident zu ihr bekannt hat. Es ist von uns und in der Stadtverordneten-Versammlung hervorgehoben, daß der Wortlaut des § 83 solcher Auslegung klar widerspricht und daß diese Auslegung dem Rest der Selbstverwaltung, den die Städte-Ordnung stehen gelassen hat, noch ein weiteres Teil abtrübelt. Die ungeheuerlich die Rechtsauffassung des Herrn Rommsen und seiner journalistischen Gesinnungsgenossen ist, er weist außer dem Wortlaute des § 83 auch auf seine Entstehungsgeschichte. Die Städte-Ordnung beruht auf der im Jahre 1849/1850 vorbereiteten Gemeinde-Ordnung, der Entwurf zur Städte-Ordnung von 1853 nimmt deshalb zu seiner Begründung ausdrücklich auf diese Bezug. In dem Kommissionsbericht des (damals erste Kammer genannten) Herrenhauses heißt es wörtlich:

„Die der Regierung beigelegte Verfügung, die Wahl des Bürgermeisters und der Beigeordneten nicht zu bestätigen, kann die Folge haben, daß diese Stellen zum größten Nachteil sowohl für die Staats- als für die Gemeinde-Interessen längere Zeit hindurch unbesetzt bleiben, wenn der Gemeinderat fortwährend bei einer Wahl beharrt, welche die Regierung nicht bestätigen kann oder wenn die Wahl gänzlich verweigert wird.“

Die dritte Abteilung hat vorgeschlagen, daß bei der zweiten Wahl die abgelehnte Person ausgeschlossen werden soll. In der Kommission ist dieser Antrag mit großer Mehrheit verworfen worden, weil möglicherweise die Gründe, welche die Verwerfung der Wahl herbeiführten, inzwischen beseitigt sind und weil es für die Regierung gleichgültig ist, ob die Befähigung desselben Kandidaten zweimal versagt wird oder ob die zweimalige Nichtbefähigung verschiedene Kandidaten trifft, wenn für die beiden Fälle dieselben Folgen eintreten.“

Es ist also die jetzt von Herrn Rommsen vertretene Anschauung selbst vom Herrenhause verworfen: entgegen dem Befehl besinnt sich heute dennoch zu ihr die „liberale“ „National-Zeitung“. In der Praxis ist die zutreffende Auslegung des § 83 stets anerkannt, so bei Gelegenheit des zweimal gewählten und erst nach der zweiten Wahl bestätigten Stadtrats v. Hemming. Ein Ministerialbescheid vom 12. März 1890 eröffnet einem Regierungspräsidenten, der die Entscheidung über die Befähigung der Wahl der hierzu berufenen Stelle nicht vorlegen wollte, weil sie den Gewählten für nicht zur Befähigung geeignet erachtete, daß das unzulässig sei, daß vielmehr wegen jeder dergleichen Wahl die landesherrliche Entscheidung über deren Befähigung oder Nichtbefähigung eingeholt werden muß. Der Brandenburger Oberpräsident hat entgegen der klaren Rechtslage es abgelehnt, eine Entscheidung über die Befähigung herbeizuführen. Damit hat er sich in eine Sackgasse verrannt, aus der leider vom Stadtverordneten-Ausschuß beantragte Beschwerde gegen seine Weigerung allein ihn herauszuziehen könnte. Will die Stadtverordneten-Versammlung ihr Recht der Selbstverwaltung wahren, so müßte sie diesen Beschwerdeweg verwerten. Die Stadt kann warten, gleichviel, ob ein Strafkommisсар ihr zugesandt wird oder nicht. Der Magistrat und der Oberpräsident ist aber nach § 77 der Städteordnung verpflichtet, einen Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung, eine Neuwahl bis zum Eingang einer Entscheidung über die Befähigung abzuwarten, anzusehen, falls dieser Beschluß von ihnen für ungesetzlich erachtet wird. Die Entscheidung steht dann dem Oberverwaltungsgericht zu. Wird der Beschluß nicht angefochten, so erkennt dadurch der Oberpräsident an, daß sein Vorgehen ein ungesetzliches war. Aus diesem Dilemma würde er nicht herauskommen, wenn der von der Stadtverordneten-Versammlung vorgeschlagene Weg der Beschwerde abgelehnt wird. —

Der Professor des Kaisers. Aus Straßburg i. E. wird uns vom Fall Spahn noch geschrieben: Die Professoren der durch die Berufung Dr. Spahns vergrößerten philosophischen Fakultät unserer Kaiser-Wilhelms-Universität scheinen nun, nachdem das Patent des kaiserlichen Günstlings ganz ohne ihr Zutun vollzogen wurde, doch etwas aufzuwachen zu wollen. In der „Stroh-Post“ wendet sich einer der Herren gegen einige von dem Blatte in der Spahn-Affaire aufgestellte Behauptungen, indem er u. a. schreibt:

„Bisher war es durchaus üblich, daß die Regierung bei Berufungen die Vorschläge der Fakultäten berücksichtigte. Dies alte Gewohnheitsrecht deutscher Universitäten wird ja freilich in neuerer Zeit gerade in Preußen öfter verletzt, sicher nicht zum Heil der Anstalten und der Wissenschaft. Eine verhängnisvolle Maßregel war es aber, eine neue Stelle zu besetzen, ohne daß die Fakultät auch nur irgend befragt worden wäre; allerdings mochte man wohl ahnen, daß dieselbe nicht mit dieser Neuerung einverstanden sein werde. Meines Wissens hat der Landesausschuß niemals den Wunsch nach „katholischen“ Professoren ausgesprochen, sondern haben das nur einzelne ultramontane Mitglieder desselben getan. Und diese Herren werden doch wieder in diesem Falle noch sonst je bestritten werden. Der Wortlaut der Immediateingabe der Fakultät an Sr. Maj. den Kaiser darf nicht veröffentlicht werden. Ja, daß aber wohl ausgesprochen, daß darin von dem Vater Dr. Spahns und dessen Stellung im Centrum natürlich nicht die Rede war. Schließlich noch, daß der auch von der Fakultät vorgeschlagene Professor Katholik ist.“

Aus der Juli-Zeitung geht ferner die bisher nicht bekannte Tatsache hervor, daß die Straßburger philosophische Fakultät von der Absicht der Regierung, eine Doppelbesetzung der in Betracht kommenden Stelle vorzunehmen und den Professor Spahn neben dem von der Fakultät vorgeschlagenen Dr. Reinecke, dazu heranzuziehen, überhaupt in keiner Weise benachrichtigt worden war, daß man in Berlin das alte Gewohnheitsrecht der Universitäten vielmehr völlig ignorierte. Des ferneren bestätigt auch die „Stroh-Post“ die Behauptung der Professoren-Julius, daß die reichsständische Volksvertretung niemals einen Beschluß im Sinne der Berufung katholischer Professoren gefaßt hat. Es ist also schlechterdings nicht einzusehen, worauf sich der Passus im Spahn-Telegramm des Kaisers, der von der Erfüllung eines „lange gehegten Wunsches meiner Esch-Votvinger“ spricht, eigentlich stützen will.

Die „Germania“ erblickt in dem Telegramm Wilhelm II. eine programmatische Kundgebung ersten Ranges — und dies, obwohl die liberale Presse des Reichslandes vor der Depesche Spahn als einen Witzmüßigen behandelt hat. Die „Germania“ hofft, daß es Herrn Prof. Dr. Spahn nicht schwer fallen werde, das Mißtrauen katholischer Kreise trotz schwerer Fehler zu überwinden, da er in seiner Treue zum katholischen Glauben und zur katholischen Kirche auch nach dem Zeugnisse seiner Gegner bzw. seiner falschen Freunde vom Evangelischen Bunde niemals wankend geworden ist. Auch das kaiserliche Telegramm setzt bei dem Prof. Dr. Spahn eine ungewöhnliche katholische Glaubensüberzeugung voraus, wie es die Vaterlandsliebe zu einer „Vasis“ für die Berufung macht.

Es wäre der „Germania“ gewiß lieber gewesen, wenn der Kaiser einen Schwärzen „ohne schwere Fehler“ ernannt hätte,

aber sie macht aus der Not eine Tugend und bejubelt die Katholisierung der Wissenschaft. Nicht mit Unrecht! Als Erfolg des Alerikandums ist die Berufung Spahns zweifellos beachtlich, auch wenn sich der Kaiser in der Person vergriffen haben sollte.

Bereits wird ein katholischer Philosophie-Professor gefordert. Katholische Naturwissenschaftler werden folgen, die die Natur nach der Offenbarung des Pentateuchs docieren und die Sonne sich dem Gebote Gottes gemäß um die Erde drehen lassen. Wenn selbst der Tanzunterricht katholisiert wird, warum nicht auch die Wissenschaft! Wenn sich die bürgerliche Welt diese Umkehr-Wissenschaft gefallen läßt, so ist das ihre Sache. Die Freiheit und der Fortschritt der Wissenschaft ruht sicher in den Händen des Proletariats. —

Die Saat der Kaiserin. Zum Geburtstag der Kaiserin stimmt in der „Kreuz-Zeitung“ Paul v. Noell die antile Lehren. Zwei Verse seien wiedergegeben:

Rum ist in goldenen Lehren die Saat gereift:
Zahlreiche Kirchen ragen zu Gott empor.
Dieser Dichter sagt die Wahrheit. —

Kostspielige Gefährte. In der „Deutschen Tageszeitung“ lesen wir das Folgende:

Die Festlichkeiten bei Reisen des Kaisers im Lande erregen nicht selten Kopfschütteln. Wohlmeinende Leute äußern un-
verhohlen ihre Ansicht, daß darin oft des Guten zu viel
gethan werde. Und in der That: es muß fast eine Plage
für den Kaiser sein, wenn er allenthalben, aber auch allenthalben
fahnenmäßig, Gutslanden, Auskutschungen, oft im Uebermaß,
findet. Sollte darin nicht etwas weniger gethan werden können?
Der Kaiser selbst hat schon öfter den Wunsch geäußert, daß ihm
zugeordnete Ehrungen möglichst eingeschränkt wären oder mit
wenig Gelbtafendungen ausgeführt werden sollten. Jetzt scheint
der Kaiser noch einen Schritt weiter gegangen zu sein. Das
kaiserliche Oberhofmarschallamt hat verschiedenen Krieger- und
Gewerkschaftsverbänden, die bei den Jagdreisen des Kaisers
diesem Ovationen darbringen wollten, geantwortet, daß bei den
kleinen privaten Reisen des Kaisers Begrüßungen und Empfänge
zu unterbleiben hätten.

Warum ist das Oberhofmarschallamt nicht noch weiter gegangen
und hat die Befähigung von den Jagdreisen auf alle Reisen des
Kaisers ausgebeugt? Die Unsummen, die für ein paar Stunden
aus allgemeinen Mitteln bei solchen Gelegenheiten für überflüssigen
Plünderpomp verbrennt worden sind, sind oft genug Gegenstand der
socialdemokratischen Kritik gewesen. Es wäre gut, wenn das Ober-
hofmarschallamt von dieser Kritik lernen wollte. —

Flotte und Freihandel. Der freisinnige Abgeordnete Müller-
Sagan erzählte dieser Tage in einer Versammlung, der Marine-
minister v. Tirpitz habe ihm zur Zeit der weltpolitischen Flotten-
propaganda, um den Freisinn für die Politik auf dem Wasser zu ge-
winnen, gesagt, jedes neue Panzer-Schiff bedeute ein
Gewicht in der Waagschale des Freihandels.

Die „Deutsche Tagesztg.“ und die „Post“ ihm sehr verwundert über
diesen Ausspruch. In Wahrheit weh jedes Kind, daß der ganze Flotten-
schwandel auf diesem schönen Gedanken beruhe. So schwärmen die
National-socialen, so docieren die Wasserprofessoren, so hoffte die
Freisinnige Vereinigung. Und auch die Freisinnige Volkspartei
samt den Demokraten war drauf und dran, die Zukunft des Frei-
handels auf dem Wasser zu suchen und flottenfromm zu werden.

Gerade von freisinniger Seite wurde der Glaube genährt, es
sei eine ganz besondere Schlaueit von der handelsvertragsfreundlichen
Regierung, die Flottenpolitik zu betreiben, damit den Agrariern auf
die Weise die Waffen aus der Hand genommen würden. Wenn jetzt
der Berliner Berichterstatter der „Frankfurter Zeitung“ konstatiert,
„daß noch ganz andere Staatsmännliche Persönlich-
keiten als Herr v. Tirpitz in der kritischen Zeit der Flottenvermehrung
mit dem Argument, daß Seeluft frei mache, und daß die
Flotte ein natürliches Schwergewicht zum freien Welthandel bedeute,
recht kräftig und ausdauernd operiert haben“ — so ist das nur ein
offenes Geheimnis.

Die Andeutung zielt auf den guten Grafen Bernhard Blöow,
der zur Zeit Reichskanzler ist. Nur sollten die Leute, die jetzt alles
längst gewußt haben, sich erinnern, daß sie selbst keineswegs immun
gegen die Lockungen der „gäheimen“ Freihändler in der Regierung
waren. Sie ließen sich alle dupieren, und in dem Flotten wie in
dem Chinarammel war es alle die Socialdemokratie, die den
Verstand nicht verloren hatte. —

Verurtheilte Antisemiten. Am Dienstag gelangte in Rassel die
bekannte Beleidigungsklage des antisemitischen Reichstags- Abgeord-
neten Werner gegen den früheren antisemitischen, jetzt national-
socialen Redacteur Erdmannsdorfer zur Verhandlung. Der Gerichts-
hof erkannte, daß der Wahrheitsbeweis der Behauptung
Erdmannsdorfers, der Abg. Werner habe, obwohl Antisemite, an
den jüdischen Journalisten Hamburger gegen Bezahlung
parlamentarische Verträge geliebt, erbracht sei. Erdmanns-
dorfer wurde deshalb freigesprochen. Doch wurde er in einem
anderen Falle wegen einer formellen Beleidigung zu 50 M. Geldstrafe
verurteilt.

Die Reichstags-Erwahl in Wiesbaden ist auf Sonn-
abend, den 30. November, festgesetzt worden. Die Elle, mit der die
Regierung die Wahl vornehmen läßt, dürfte den bürgerlichen
Parteien recht unangenehm sein. Das Centrum hat immer noch
keinen Durchfallskandidaten; Herr Fuchs in Köln hat sich offenbar
für diese Ehre bedankt. Eine vorige Woche in Eltsville statt-
gehabte zweite Vertrauensmänner-Sitzung ist resultatlos verlaufen.
(Nach einer anderweitigen Meldung ist Professor Bedemer
für das Centrum aufgestellt worden. Red.) Auch die Kon-
servativen und National-liberalen wissen noch nicht, was sie
machen. Für einen Durchfallskandidaten scheint sich der Polizei-
präsident Prinz Ratibor doch etwas zu gut zu halten. Vielleicht
bringt jetzt die Not die politischen Gegner zusammen, so daß wir
von Anfang an mit einem Kuddelmuddel zu thun haben.
Denn mit einem Kuddelmuddel wird ja die Wahl doch
enden. In rheinischen Bannkreisen munkelt man jetzt von einer
bündlerischen Kandidatur. Daß die Rheinländer Bannkreise nicht frei-
sinnig sind, bedarf wohl kaum eines näheren Beweises. Und daß
auch das Centrum ihnen nicht traut, beweist die Jagdschickung, mit
der es die Kandidatenfrage behandelt. —

Die Verpöschung der thüringischen Bahnen, von der jüngst
gemeldet wurde, bestätigt sich nicht. Es ist lediglich die von
Salzungen abzweigende schmalspurige weimarische Feldbahn von
Preußen übernommen worden; sie soll zum Anschluß an die geplante
Vahn-Verbindung Barcha-Hainfeld bis Barcha normalspurig ausgebaut
werden. Hierzu ist für eine kurze Strecke im weinigen Staatsgebiet
neuer Grundbesitz nötig, und die unentgeltliche Ueberlassung des
erforderlichen Bodens und des Mißbrauchrechts an der Land-
straße ist nun zum Gegenstand eines Staatsvertrages zwischen
Preußen und Thüringen gemacht. Dieser Vertrag ist jetzt dem
weiningen Landtag vorgelegt. —

Die Schönheiten des Dreiklassen-Wahlrechts. Aus
Eibersfeld wird uns geschrieben: Ein Streifzug durch die
kommunal-Wählerlisten ist immer sehr interessant. Bildung und
Besitz finden sich da wohl bei einander, aber durch Klassen getrennt.
Ob der dem kommunal-Wahl-Recht zu Grunde gelegte Geldsac ge-
drittelt oder wie hier jetzt gewölft ist und dementsprechend die
Wählerzahl gedrittelt wird, das ändert an der Sache gar nichts.
Der Geldsac herrscht. Die vorgenommenen Scheinreformen
hatten nur den Zweck, den wenigen zur Geltung Besitz
gehörigen Individuen einige Exemplare beizugeben, so
eine Art kommunal-Pairs-Schub. Die zweite Klasse hat eben-
so wie die erste etwas Zuwasch erhalten. In der dritten Klasse aber
tummelt sich einerseits ein Heer von Beamten und eine sehr große
Zahl „Wahlgänger“, die nicht gern in ihrer Verdammung gestört werden,
andererseits finden sich in ihr die Arbeiter, die es so weit gebracht
haben, den zur Wahlberechtigung erforderlichen Census von 3 M. Ein-
kommensteuer oder mehr zu zahlen. Jenseits der Grenze der 3. Klasse findet
sich die große Zahl der Nichtstolen, derjenigen Arbeiter, die ein Einkommen

von weniger als 300 M. haben. Nach § 77 des Einkommensteuer-
Gesetzes ist es auch für das Rheinland gesetzlich zulässig, Bürgern
mit einem Einkommen von 600 bis 900 M. das kommunal-Wahl-
recht zu verleihen. Davor hüete man sich hier aber, denn Social-
demokraten hält und macht die herrschende Klasse rechtlos, wo
sie es nur kann. Eine vierte Wählerklasse, ähnlich wie auf
preussischen Eisenbahnen die vierte Klasse für Arbeiter, giebt's
ja bis jetzt noch nicht. Was die Bildung betrifft, so findet
sie sich reichlich in der dritten Klasse zusammen: hohe Beamte,
Professoren, Oberlehrer, Landrichter usw. usw. Doch auch die Un-
betheilten und Nichtbeamten der dritten Klasse verfügen über gute
Bildung. Aber auch wenn sie gar nichts wählten, Analphabeten
wären, sie könnten in der ersten Klasse wählen, wenn sie über einen
entsprechenden Geldsac verfügen könnten. Das Wahl-Recht ist hier
wie folgt verteilt: Erste Klasse 224 Wähler und ein Ehrenbürger,
zweite Klasse 1453 Wähler, dritte Klasse 13523 Wähler. Vor zwei
Jahren waren die entsprechenden Zahlen 122, 884, 12440. Das
laufende Steuerjahr brachte für eine große Zahl von Arbeitern die
Veranlassung zum niedrigsten Satz der Einkommensteuer, in die Wähler-
liste wurden sie aber nicht aufgenommen, wie es das socialdemo-
kratische Wahlkomitee beantragt habe; der Oberbürgermeister führte
da g a g e n eine unbekannt Entscheidung des Ober-Verwaltungs-
gerichts an. — Der eben erwähnte Ehrenbürger ist der Eibersfelder
Landgerichts-Präsident, Geh. Ober-Justizrat S t o m p s, den das
Stadtverordneten-Kollegium zum Ehrenbürger ernannte, als er in
den Ruhestand trat. Wäre er nicht Ehrenbürger, so würde er in
der dritten, günstigstenfalls in der zweiten Klasse wählen. In der
ersten Klasse zu wählen ist also zugleich eine „Ehre“, die untreu kom-
munalen Nachhabenden zu verheben haben, etwa in dem Sinne,
wie der Landesfürst jemand in den Adelsstand „erhebt“. —

Ausland.

Wirtschaftspolitik in Oestreich.

In Ergänzung der Darlegungen unfres heutigen Leitartikels geben
wir nachfolgende Betrachtungen unfres Wiener Korrespondenten:

st. Wien, 20. Oktober. Die Mißerfolge der früheren
Regierungen sind freilich mit der Talentlosigkeit und Charakter-
losigkeit der betreffenden Männer allein nicht zu erklären,
und daß es Herrn v. Koerber gegliedert ist, das schon auf
gegebene Parlament wieder ins Leben zu rufen, beruht
natürlich nicht allein auf seiner Geschicklichkeit — wie es die
Schmeichler, die jeder Mann von Erfolg so leicht findet, der
Welt einreden möchten. Der Mißerfolg und der Erfolg
sind im Grunde die zwei Seiten des österrischen Staatswesens:
die nationalen Verschiedenheiten rütteln am Staate, die wirtschaft-
lichen Notwendigkeiten festigen ihn. Das Bedürfnis nach nationaler
Unabhängigkeit und Selbständigkeit treibt die Völker vom Staate;
die wirtschaftlichen Bedürfnisse machen ihnen den Staat wieder
notwendig. Daraus erklären sich die wechselnden Empfindungen,
die der österrische Staat bei seinen Völkern erweckt: in den
Zeiten, in denen die nationalen Strömungen die Oberhand
haben, das ideologische Interesse die realen Bedürfnisse
unterdrückt, wird der antinationale Staat, dessen Dasein
nur möglich ist, wenn ihm die Nationen Opfer bringen, von den
Völkern echaht; in den Zeiten der Not, wo die erstickten materiellen
Bedürfnisse ihr natürliches Gewicht wieder erlangen, wird der Staat
wieder aus nicht geliebt, immerhin aber als Notwendigkeit
erkannt. Und das umso fester, je länger das unnatürliche Ueber-
gewicht der nationalen Fragen gewährt hatte, je größer die Ver-
nachlässigung war, die die realen Interessen der Völker erlitten hatten.
Nach dem Mauth der Kaiserin, und so ist eigentlich der
Erfolg der Koerberischen Politik das natürliche Ergebnis der Miß-
erfolge seiner vielen Vorgänger. In den Epochen, wo die nationalen
Dinge das Uebergewicht erlangen, muß jede österrische Regierung
schweigen; wenn sich die Vorkämpfer abgelistet haben, kann es jeder
schleiden. Herr v. Koerber hatte das Glück, zur Zeit der Flut
des österrischen Patriotismus zu kommen; die Kunst seines Regierens
besteht darin, die Notwendigkeit des Staates wirksam
zu machen. Wenn die Völker im Kriege stehen gegen den Staat,
hören sie und verziehen sie das Wort der Vernunft nicht. Aber wenn
sie an ihre gemeinsame Not, an ihre gemeinsamen Sorgen denken,
so kann man zu ihnen allen reden. Herr v. Koerber hat seine
Regierung damit begonnen, daß er von den Völkern nationale Opfer
verlangte. Er wurde niedergeschrien, das Parlament ging in
Erümmung. Jetzt redet er davon, daß man die Industrie entwickeln
müsse, die Schätze des Bodens fruchtbarer gestalten solle, davon, daß
sich Oestreich gegen die Uebergriffe Ungarns zur Wehre setzen müsse,
daß der Raubzug der deutschen Agrarier nicht bloß die Lebenshaltung des
deutschen Volkes, sondern auch die Interessen der österrischen Pro-
duktion mit Gefahr bedrohe. Das nun versteht jeder, denn die
wirtschaftlichen Dinge sind das einzige Gemein-
same der Oesterrischen, und so ist es nicht weiter erstaunlich, daß
solche Worte das Ohr der Hörer zwingen und das Selbstbewußtsein
des Parlaments wecken.

Wenn die Regierung dem Parlament zuruft, die nationalen
Fragen zurückzustellen, von den Parteien verlangt, daß sie ihr
Interesse den wirtschaftlichen Dingen zuwenden, so ist das nicht etwa
ein taktisches Kunststück, sondern sehr aktuelle Politik. Wie hoch
immer man die nationalen Zwistigkeiten werten will — die wirt-
schaftlichen Fragen sind so unmittelbarer und zwingender Art, sie
berühren die Wirtschaft aller Völker, daß sich ihrem Druck niemand
zu entziehen vermag. Einestheils ist es die industrielle Krise, die das
Parlament zum Ernst mahnt, und andertheils legen die Verhand-
lungen über die Handelsverträge mit dem Auslande voraus, daß
das Verhältnis zwischen Oestreich und Ungarn, das derzeit auf dem
Zwangsabenden der Reciprociat beruht, in feste Verträge gebracht
werden. In dieser Hinsicht war die Rede des österrischen Minister-
präsidenten ein ganz unerwartetes Ereignis; so entschiedene Worte
sind von einer österrischen Regierung noch nicht vernommen
worden. So oft seit dem Bestande des Dualismus Oestreich
mit Ungarn in Vertragsverhandlungen trat, stand die Sache immer
so, daß die Ungarn den Ausgleich schlossen, wenn er und weil er
ihnen Vorteile brachte, die Oestreicher aber den Auftrag hatten, den
Ausgleich unter allen Umständen abzuschließen. Dieses Verhältnis
bedingte, daß jeder Ausgleich Oestreich neue Opfer brachte; der
Patriotismus der Ungarn wurde aus den Taschen Oestreichs bezahlt.
Aber nicht bloß die gebrachten Opfer kommen auf die Rechnung der
Oestreicher, nicht minder klagt man in Oestreich über die illoyale,
listige Art, mit der in Ungarn das Ausgleichsgesetz gehandhabt wird.
Ueber die Nachgiebigkeit der österrischen Regierungen kann Herr
v. Koerber sogar aus eigener Erfahrung reden: sein Vergleich mit
Herrn v. Szell über die bosnischen Bahnen war wohl die letzte
der österrischen Kapitulationen, aber sicherlich nicht die kleinste.
Das soll sich nun, so hat Herr v. Koerber angekündigt, gründlich
ändern.

Die Regierung, verkörperte der Ministerpräsident unter dem
festhalten Verfall des ganzen Parlaments, werde die Interessen
Oestreichs „mit aller Energie wahrnehmen“, sie sei entschlossen, „eine
klärung herbeizuführen, welche dem Dunkel einer früheren Zeit
ein Ende bereitet“, sie werde „kein österrisches Interesse
an wen immer preisgeben“, solle man nur Opfer von Oestreich
fordern und dafür keine Vorteile gewähren wollen, so werde sie „die
Molle des gebildigen Lammes ablehnen“. Der Ernst dieser Sprache
kam um so deutlicher zum Vorschein, weil Herr v. Koerber auch
die Anklage nicht scheute. Vielleicht dem Wortlaute des Vertrages
mit Ungarn nicht, aber sicherlich seinem Geiste werde Gewalt an-
gefallen; nur die unbedingte Loyalität, nicht bloß im Augenblicke
der Abmachung, sondern während der ganzen Dauer ihrer Gültigkeit,
„nur die unangefasste schonungsvolle Rücksichtnahme auch auf den
anderen Theil“ verleihe dem Vertrage seinen eigentlichen Wert“. Wenn
Herr v. Koerber damit nicht bloß eine Freierklärung eingenommen
hat, um die Abgeordneten zu verblüffen, dem Parlament zu
impoverieren, wenn diese Worte mehr sind als ein parlamentarischer
Ausgriff, so deuten sie ungewisselhaft einen großen Umsturz nicht
bloß bei der Wiener Regierung, sondern auch bei der Krone an.
Wie weit Herr v. Koerber befähigt ist, seine energischen Worte ein-
zulösen, wird man freilich erst dann wissen, wenn er den Entwurf

zum autonomen Zolltarif und zum Zoll- und Handelsbündnisse mit Ungarn präferiert haben wird.

Herr v. Koerber verbreitete sich über die Handelsverträge; er konnte da natürlich nur Selbstverständliches sagen. Die Regierung sei für eine Politik der Handelsverträge; freilich nur solcher Verträge, in welchen auch die Interessen Oesterreichs gewahrt werden. Auch die Drohung, die agrarische Schutzpolitik Deutschlands mit einer industriellen Oesterreichs heimguzuhören, ist nicht überraschend; was die Agrarier des Reiches an der österreichisch-ungarischen Landwirtschaft sündigen wollen, will Herr v. Koerber an der deutschen Industrie rächen. Daß der Raubzug der deutschen Agrarier die Lebensinteressen der deutschen Industrie ebenso gefährdet, wie er das politische Bündnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn bedroht, war noch deutlicher aus den diplomatisch zurückhaltenden Worten des Ministerpräsidenten bei der Debatte zu entnehmen, die das Abgeordnetenhaus danach über einen Antrag des jugoslawischen Abgeordneten Forst gehalten hatte, der von der Regierung Auslässe über den Stand der Zollfrage verlangte. Es ist auch nicht zu zweifeln, daß der Wahnsinn des deutschen Entwurfes in dem österreichisch-ungarischen seinen Widerhall finden, daß der agrarische Protektionismus mit dem industriellen beantwortet werden wird. So wird der österreichische Entwurf nicht bloß Oesterreich zeigen, wohin die bestimmungslose Schutzpolitik führt, sondern nicht minder einbringlich auch Deutschland.

Oesterreich-Ungarn.

Für ein Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz. Für das von unren österreichischen Genossen eine gewaltige Agitation im Leben gerufen worden war, sind am Dienstag dem Reichsrat 1400 Petitionen mit 676 000 Unterschriften vorgelegt worden. Alle Rationalitäten und Kronländer haben sich an diesem Petitionssturm beteiligt. Herr v. Koerber hat bereits vor einem halben Jahre die Einbringung eines derartigen Gesetzes in Aussicht gestellt und jetzt wird wiederum versichert, daß die Regierung die Grundzüge eines derartigen Gesetzes bereits fertig gestellt habe und den Entwurf demnächst dem Parlament unterbreiten werde. Die sozialdemokratische Fraktion hat den Antrag eingebracht, einen 30-gliedrigen Ausschuss mit der Ausarbeitung eines derartigen Gesetzes mit Zugrundelegung näher formulierter Grundzüge zu beauftragen.

Dänemark.

Reformprojekte des Ministeriums. Gegenwärtig beschäftigt sich das Kabinet mit der Budget-Vorberatung, die in diesem Jahre eifriger und eingehender vorgenommen wird, als das früher der Fall war. Nachdem in den vier ersten Tagen der Beratung die Volksvertreter ihre Ansichten entwickelt hatten, kamen am Sonnabend auch einige Mitglieder des Ministeriums zu Wort. Der Ministerpräsident Deuninger erklärte, daß er gewillt sei, dem Kabinet ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz vorzulegen, wie es der Geist und der Wortlaut der Verfassung verlangt. Der Landwirtschaftsminister Ole Hansen sprach sich für eine weitgehende Unterstützung der Gaudler, sowie der Fischer aus. Der Justizminister Albert Kludtke folgte der Reformvorläge an: In erster Linie drei Reformen: Reform der Rechtspflege, Aufhebung der Staatsaufsicht der Prostitution und staatliche Fürsorge für verwahrloste Kinder. Der Minister erklärte sich im wesentlichen mit unrem Genossen einverstanden, der vor einigen Tagen in ausgezeichneter Rede die Forderungen der sozialdemokratischen Fraktion eingehend dargelegt hatte, und ebenso trat er auch für die von den Sozialdemokraten aufgestellte Forderung der Errichtung von Staats-Sanatorien für Lungentranke ein.

Norwegen.

Ein nachahmenderer Beschluß. Die Gemeindevertretung von Bergen hat beschlossen, heimatverlassene Personen, die keine Armenunterstützung beziehen, im Bedürfnisfalle aus einem besonderen Fonds Krankenunterstützung sowohl für sie selbst als auch für ihre Kinder zu gewähren. Der ausgesprochene Zweck dieses Beschlusses ist es, die zahlreichen auf Grund der Armenunterstützungen erfolgten Suspensionen des Wahlrechts einzuschränken.

Die Nobel-Prämie für Förderung der Friedenssache ist nicht, wie in der Presse vielfach irrtümlich gemeldet wurde, dem Präsidenten Krüger zuerkannt worden, vielmehr steht der Entscheid des Specialausschusses des Storting, der die Prämie zu verleihen hat, noch aus. Präsident Krüger hat das Vorschlagsrecht, betreffend die Verteilung der Nobel-Prämie für Förderung der Friedenssache, dahin ausgeübt, daß er beantragte, dieselbe Mr. Stead in London zuzuerkennen.

Asien.

Die Rückkehr des Hofes nach Peking ist den Mächten als bevorstehend angekündigt worden. Zugleich mit dieser Mitteilung ist angefragt worden, in welcher Weise sich die Gesandten an dem Empfange zu beteiligen gedächten. Ueber die vom diplomatischen Corps an den Kaiser zu richtende Ansprache und die Erwerbung desselben schweben Unterhandlungen.

Einem neuen Thronfolger soll nach den Mitteilungen hoher sinesischer Beamter die Kaiserin zu ernennen beabsichtigen. Die Ernennung werde erfolgen, wenn die Kaiserin mit dem Prinzen Tsching in Kalking zusammentreffe. In Aussicht genommen sei Leun Weige, ein Kesse Tuans, des nach dem Friedensvertrag zu lebenslänglichem Gefängnis nach Tschefan verbannten Vizekönigs. Die Reformpartei erhebe jedoch gegen die Wahl Widerspruch und hoffe, daß sich die Mächte diesem Proteste anschließen würden. Da der Gesundheitszustand des Kaisers ein sehr schwächlicher ist, befürchte die Frage der Thronfolge immerhin eine gewisse Bedeutung. Jedenfalls befürchten die Mächte aber keinerlei Recht, sich in einen etwaigen Thronfolgestreit irgendwie einzumischen.

Der neue Wandschuren-Vertrag.

Der Shanghaier Korrespondent des „Standard“ hat einen Auszug des zwischen Lestah und P.-Sung-Tschang verhandelten neuen Wandschuren-Abkommens empfangen. In dem ersten Paragraphen desselben willigt Rußland in die Rückgabe der drei Wandschuren-Provinzen an China, nämlich von Sching-King (oder Kiang-tung), in der Mulden liegt, Kirin, die Centralprovinz und Ho-Lung-Kiang nördlich vom Zungarischen Meer. Durch das erste Gebiet läuft die Shan-hai-Hwan-Niutschwang-Eisenbahn. China ist damit einverstanden, daß Rußland die alleinige Beschäftigung dieser Linie ausübt. In dem zweiten und dritten Paragraphen des Abkommens erklärt sich Rußland bereit, seine Truppen aus diesen drei Provinzen innerhalb zweier Jahre zurückzuziehen. In dem vierten Paragraphen giebt China seine Erlaubnis dazu, daß russische Offiziere die Wandschurentruppen inspektieren, des Totaren-generals in Mulden, einzureisieren. Der Korrespondent fügt hinzu, das Abkommen sei für China so günstig, daß neben demselben vermuthlich noch ein geheimes Abkommen existiere.

Der Vertrag hat allerdings einen recht unwahrscheinlichen Inhalt. Es wäre ganz unbegreiflich, warum Rußland auf die Herrschaft über ein Gebiet verzichtete, die ihm von keiner Seite ernstlich bestritten wird.

Der Boeren-Krieg.

Veränderung des Kriegesrechts.

Aus Kapstadt wird vom Montag gemeldet: Heute wurden die Bestimmungen des Kriegesrechts in der Kapkolonie verkündet. Nach denselben soll das ordentliche Recht in der Kapkolonie so weit wie möglich aufrechterhalten werden. Ferner soll niemand befangen sein, den Distrikt ohne Erlaubnis auf dem Seeweg oder dem Landweg zu

verlassen. Die Verbreitung von Zeitungen und Zeitschriften, welche aufreizende Artikel enthalten und der Handel mit Konterbande ist verboten; desgleichen ist es unbefugten Personen nicht gestattet, sich Feuerwaffen, Gewehrmunition und Explosivstoffe zu halten. Briefe und Telegramme sind der Censur unterworfen. Die Bestimmungen werden durch die Civilbehörden zur Ausführung gebracht.

Die Verluste der letzten Woche.

Lord Ritchener telegraphiert aus Pretoria vom 21. Oktober: Seit dem 14. Oktober melden die Berichte der einzelnen englischen Abteilungen, daß 25 Boeren gefangen sind, 18 verwundet und 100 gefangen genommen wurden, während sich 50 Mann ergeben haben.

Die englischen Verluste in Südafrika belaufen sich seit dem 14. Oktober auf 81 Tote, 85 an Krankheiten Verstorbenen, 61 Verwundete, 4 Vermißte und 6 Defektore. — Die Verlustliste vom Montag umfaßt 7 Tote, 20 Verwundete, 2 Vermißte und vier an Krankheiten Verstorbenen.

Rüdermord in den Konzentrationslagern.

Die Engländer haben, wie bekannt, sogenannte Flüchtlingslager hergestellt, in welchen sie die Boerenfranzen und Kinder unterbringen. Nach den in den letzten Tagen erschienenen offiziellen Berichten sind in den südafrikanischen Flüchtlingslagern insgesamt 109 418 Personen untergebracht; darunter sind 84 328 Kinder. Die Sterblichkeit in diesen Lagern ist eine ungeheuer große. Der Septemberbericht meldet 2411 Todesfälle, davon 1964 Kinder. In den englischen als gesund geltenden Städten ist die durchschnittliche Sterberate von etwa 15—17 pro Tausend. Die oben angeführten Zahlen entsprechen einer Sterberate von 204 pro Tausend, bei den Kindern gar einer solchen von 483 pro Tausend. Am schlimmsten waren die Verhältnisse in Transvaal; die Sterberate der Kinder erhöhte sich dort auf 456 pro Tausend. Das bedeutet, falls die Sterberate die gleiche Höhe weiter behält, daß in einem Jahre 23 688 Kinder tot sein werden; in etwa 2 1/2 Jahren würden sie alle tot sein. Die Zahl der Verstorbenen ist von Monat zu Monat gestiegen. In den vier Monaten Juni bis September starben 5209 Kinder, deren Heimstätten von den britischen Soldaten verbrannt und zerstört worden sind und die nun durch Kälte, Mangel an Nahrungsmitteln und Verpflegung dahingerafft werden.

Partei-Nachrichten.

Protest gegen den Hungerlohn. In Crimmitschau und den umliegenden Ortschaften wurden 10014 Unterschriften gesammelt. Darunter befinden sich, wie in unserm Joidauer Parteiblatt mitgeteilt wird, 28 Unterschriften von Güterbesitzern, 7 von Fabrikanten, 86 von Kaufleuten, 638 von Handel- und Gewerbetreibenden. Aus der Stadt Crimmitschau, die 23 000 Einwohner zählt, stammen 6727 Unterschriften.

In dem Dorfe Zwögen bei Gera wurden 1428 Unterschriften gegeben.

In der Wahlkreis-Konferenz für Landeshut-Jauer-Wollenhain wurde mitgeteilt, daß in dem Orte Liebau, einer Centrumsdomäne, die uns bei der letzten Wahl nur 188 Stimmen brachte, 700 Unterschriften auf unsere Petition gegeben wurden.

Parteiliteratur. Vom sozialdemokratischen Reichstags-Handbuch ist loben das 8. Heft erschienen. Es enthält die Fortsetzung des Artikels Arbeiterauschüsse und den Artikel Arbeiterjugend. Der Preis des Heftes ist 20 Pf.

Partei-Organisation. Die Parteigenossen des 23. sächsischen Reichstags-Wahlkreises (Planen) beschlossen, das Vertrauensmänner-System aufzuheben und die Besorgung sämtlicher Partei-Arbeiten den in den einzelnen Orten bestehenden Parteiveren zu übertragen. Diese Parteiveren werden zu gemeinsamer Aktion zusammengeschlossen. Sie haben an den Vorort Planen pro Mitglied monatlich 5 Pf. zu leisten. Diese neue Organisation tritt am 1. Januar 1902 in Kraft.

Mit den Beschlüssen des Parteitages erklärten sich einverstanden die Parteigenossen in Crimmitschau, im 23. sächsischen Reichstags-Wahlkreise (Planen), welche in Delitzsch ihre Delegiertenversammlung abhielten, und die Parteigenossen in Okerode a. S.

Aus Industrie und Handel.

Zur Preispolitik des Rheinisch-Westfälischen Kohlenhandels.

Aus Hamburg kommt eine Nachricht, welche die fauberen Nachrichten des Rheinisch-Westfälischen Kohlenhandels und die aus dessen rücksichtsloser Preispolitik dem Gemeinwohl erwachsenden Schädigungen treffend illustriert. Während sich sonst das Syndikat immer noch weigert, die Kohlenpreise herabzusetzen und sie mit allen Mitteln auf der Höhe zu halten sucht, die sie während der letzten Jahre der aufsteigenden Konjunktur erlangt haben, hat es den Hamburger Gaswerken, die seit 25 Jahren englische Durham-Kohlen brennen, so niedrige Preise für ihren 20—25 000 Tonnen betragenden Winterbedarf gestellt, daß die Werte bei den Newcastle Kohlenhändlern die Lieferungen bis auf einen Rest von 8000 Tons abstellen haben. Der Preis für diese 8000 Tonnen, die noch bezogen werden, soll nur 14 Schill. 6 Pence inkl. Exportabgabe sein, was nach Abzug der Fracht nur einen Preis von ungefähr 1/2 Schill. pro Tonne läßt. Es muß also der vom Kohlenhandels eingerräumte Preis noch unter diesem Niveau liegen.

Im seltsamen Widerspruch zu dieser außergewöhnlichen Kulanz steht eine andre Meldung aus Magdeburg, nach welcher der dortige Verwaltungsausschuss der Gas- und Wasserwerke sich gezwungen gesehen hat, vom Bezuge westfälischer zum Bezuge englischer Kohle überzugehen, da für erstere gegenüber dem Abdruck von 1898 ein um 28 Proz., anfänglich sogar um 30 Proz. höherer Preis gefordert wurde. Hinzuergänzt wird, daß es sich in diesem Falle um einen Kohlenbedarf von etwa 50 000 Tonnen handelte.

Ein für die Syndikatspolitik recht charakteristisches Beispiel. Um dem Newcastle Kohlenhandel den Abzug nach Hamburg zu unterbinden, findet sich das Kohlen Syndikat in der Lage, dort so billige Preise zu stellen, daß die englischen Händler nicht mehr konkurrieren können. Dagegen hält es für nötig, in Magdeburg auf solche Preise zu bestehen, daß dort die Gas- und Wasserwerke es vorteilhafter finden, ihren Bedarf über Hamburg von England zu beziehen.

Welche große Belastung die erhöhten Kohlenpreise für die Industrie zur Folge hatten, ist aus dem Geschäftsbericht der Allgemeinen Electricitäts-Gesellschaft ersichtlich, die im vergangenen Geschäftsjahre 700 000 Mark Rekrutierungen für Kohle zu verzeichnen hat. Der Bericht besagt, daß die Gesellschaft jetzt zu bedeutend herabgesetzten Preisen für das kommende Jahr Kohlenlieferungen abgeschlossen hat. Ob die Gesellschaft auch den Ausweg gefunden hat, wie die Magdeburger Gas- und Wasserwerke, ist nicht ersichtlich. Soviel ist nur klar, daß die Begünstigung der ausländischen Konkurrenz dem Syndikatswucher eine Grenze zieht.

Der österreichische Außenhandel weist einen nicht unerheblichen Rückgang auf. Für die ersten neun Monate betrug die Einfuhr 1299,9 Millionen, d. i. 8,7 Millionen weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres; der Wert der Ausfuhr 1361,8 Millionen oder 66,5 weniger als im Vorjahre.

Der Außenhandel der Kapkolonie zeigt in den ersten acht Monaten trotz der Kriegsunruhen einen Aufschwung gegenüber dem Vorjahre. In den Monaten Januar bis August 1901 erreichte die Einfuhr einen Wert von 15 900 650 Pf. Sterl. gegen 12 090 351 Pf. Sterl. in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Die Ausfuhr der Kapkolonie in den Monaten Januar bis August 1901 betrug 7 121 883 Pf. Sterl., d. i. 2 610 404 Pf. Sterl. mehr als die Ausfuhr der ersten acht Monate des vergangenen Jahres mit 4 511 371 Pf. Sterl. Für die ersten acht Monate der Jahre 1900 und 1901 zeigt die Goldausfuhr eine Steigerung

von 155 226 auf 613 090 Pf. Sterl., die Diamantenausfuhr von 1 614 788 auf 3 824 643 Pf. Sterl. und die Ausfuhr sonstiger Erzeugnisse der Kolonie von 2 011 902 auf 2 462 123 Pf. Sterl., während die Wiederausfuhr fremder Waren von 429 204 auf 865 025 Pf. Sterl. zurückgegangen ist und die Münzgenausfuhr von 300 211 auf 57 049 Pf. Sterl.

Der englische Arbeitsmarkt vom September zeigt, verglichen mit dem Monat August, für die meisten der wichtigsten Industriezweige eine leichte Besserung, aber er ist immer noch weniger gut, als der des Monats September d. J. In den 142 Trades Unions mit einer Mitgliedschaft von 542 917, welche dem englischen Arbeitsmarkt Berichte ein sandten, wurden 20 180 oder 3,7 Proz. der Mitglieder als arbeitslos aufgeführt, während der Prozentsatz im August 3,9, im September d. J. jedoch nur 3,6 betrug. Die industrielle Kräfte zeigt sich aber noch mehr in der Herabsetzung der Lohnhöhe für eine große Anzahl Arbeiter. Im Monat September wurden 172 890 Arbeiter von einer Herabsetzung in der Lohnhöhe betroffen. Von diesen erhielten nur 4438 eine Erhöhung von 1 1/4 Pence per Woche und Kopf, 168 452 dagegen muthen sich eine Lohnherabsetzung von durchschnittlich 10 Pence per Woche und Kopf gefallen lassen. Der August war auch in dieser Beziehung für die Arbeiterklasse noch schlechter, denn in diesem Monat wurden 108 419 Personen von einer Lohn-Reduzierung von durchschnittlich 2 Schill. 2 Pence pro Woche und Kopf betroffen; im September 1900 dagegen war für 164 199 Personen eine wöchentliche Lohn-Erhöhung von 2 Schill. 1 1/4 Pence pro Kopf zu verzeichnen. In erster Linie waren es Kohlen-, Eisen- und Stahlarbeiter, die von den Lohnherabsetzungen betroffen wurden; die größte Zahl derselben, nämlich 170 837, mußte sich die Herabsetzung der Löhne aus Grund der gleichenden Lohnskala gefallen lassen. — Die Zahl der Streiks im September war ziemlich gering; es wurden 33 neue Streiks mit 8654 Personen gemeldet.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Das Koalitionsrecht im Lessing-Theater. Dem Verband des technischen Bühnenpersonals wurde vor kurzem mitgeteilt, daß die Bühnenarbeiter am Lessing-Theater vor die Frage gestellt worden seien, entweder aus dem Verbands auszutreten, oder ihre Arbeitsstelle aufzugeben. Um die Wichtigkeit dieser Mitteilung zu prüfen, mandte sich der Vorstand des genannten Verbandes sowohl an die Direktion, als auch an das technische Personal des Lessing-Theaters. Darauf erhielt der Vorstand die nachfolgenden Antwortschreiben:

Auf das gest. Schreiben vom 16. Oktober erwidern wir Ihnen, daß die Direktion des Lessing-Theaters dem angefertigten technischen Personal das Recht, Vereinen beizutreten, sichtlich nicht einzuschränken beabsichtigt, sofern die Ziele und Bestrebungen dieser Vereine keinen schädigenden oder störenden Einfluß auf das Unternehmen selbst ausüben oder der bestehenden Ordnung zuwiderlaufen.

Auf Ihr werthes Schreiben vom 16. d. M. teile ich Ihnen hierdurch mit, daß wir Arbeiter, wie Ihnen schon mündlich mitgeteilt, dem Verband nicht mehr angehören wollen. Uebrigens war die Direktion so gütig, als Ersatz für den technischen Verband eine Kranken- und Unterstützungskasse zu gründen, in der wir einen kleinen Beitrag steuern. Mehr Extra-Ausgaben zu leisten, ist für uns zu viel. Wir erklären hierdurch nochmals, dem Verbands nicht mehr anzugehören und bitten, uns doch in Ruhe zu lassen. Ergabest

Das technische Personal des Lessing-Theaters.

H. Bauer.

Ob die Direktion des Lessing-Theaters den Arbeitern die Zugehörigkeit zu ihrer Gewerkschaft unterlagt oder nicht, das ist zwar in dem Schreiben nicht ausdrücklich gesagt. Aber soviel steht mit klaren Worten in dem Briefe, daß die Arbeiter nur solchen Vereinen angehören dürfen, deren Bestrebungen keinen schädigenden oder störenden Einfluß auf das Unternehmen ausüben. Die Direktion sagt auch nicht, ob sie den Verband des technischen Bühnenpersonals für einen Verein dieser Art hält. Aber welcher Unternehmer wird nicht die Gewerkschaft, der die Arbeiter seines Betriebes angehören, und die sich die Verbesserung der Arbeitsbedingungen zur Aufgabe macht, als einen sein Unternehmen schädigenden und störenden Verein ansehen? Diese Ansicht ist jedenfalls auch wie eine Erläuterung von oben über die Arbeiter des Lessing-Theaters gekommen und hat sie veranlaßt, sich feierlichst von ihrem Verbands loszusagen. Der Abgabebrief der Arbeiter ist ebenso wie das Schreiben der Direktion auf der Schreibmaschine, also doch wohl im Bureau der Direktion angefertigt. Schon aus diesem Nebenstand kann man ersehen, wie wirkungsvoll die Erläuterung von oben gewesen sein muß.

Die Musiker der „Freien Vereinigung“ sowie des Vereins Berliner Musiker haben einen in gemeinschaftlicher Lokalkommission beraten allgemeinen Lohnsatz aufgestellt und am 1. Oktober in Kraft treten lassen. In beiden Vereinigungen sind — wie der Vorstand der „Freien Vereinigung“ angiebt — nahezu 2000 Civilmusiker organisiert und kommen dieselben als maßgebend in Betracht. Der Tarif wird den Civil- und Militärbehörden vorgelegt werden, um Militär- und Beamtenmusiker zu einem Innehalten zu verpflichten. Für die Kaiserliche wurde der höhere Feiertagslohn festgelegt; verschiedentlich haben auch kleine Erhöhungen für Musikanten stattgefunden.

Für Arbeitervereine, so weit sie gelegentlich Aufträge für Musiker haben, kommen besonders folgende Tariffätze in Betracht: Konzertmusik für geschlossene Gesellschaften: An Wochentagen bis zu 4 Stunden a Person 4 M., bis 7 Stunden 6 M., an Sonnabenden, Sonn- und Festtagen bis 7 Stunden 8 M., bei Festlichkeiten von 12 Uhr mittags bis spätestens 11 Uhr abends a Person 10 M., von 8 Uhr früh bis spätestens 11 Uhr abends 12 M., jede weitere angefangene Stunde 1 M. — Konzertmusik mit nachfolgendem Tanz für geschlossene Gesellschaften an Wochentagen bis 9 Stunden a Person 7,50 M., an Sonnabenden, Sonn- und Festtagen 9 M., jede weitere angefangene Stunde 1 M. — Ballmusik für Vereine an Wochentagen bis 9 Stunden a Person 7,50 M., an Sonnabenden, Sonn- und Festtagen 8 M., jede weitere Stunde 1 M. — Land- und Wasserpartien von früh 7 bis spätestens nachts 12 Uhr a Person an Wochentagen 8 M., an Sonnabenden 9 M., an Sonn- und Festtagen 12 M. Von 12 Uhr mittags bis spätestens 12 Uhr nachts a Person an Wochentagen 7 M., an Sonnabenden 8 M., an Sonn- und Festtagen 10 M.

Deutsches Reich.

Die Schiffenflücker in Planen l. S. haben nun ebenfalls beschlossen, in eine Lohnbewegung einzutreten. Sie haben dieselben Lohnforderungen aufgestellt, wie vergangenen Winter, und wollen sie nunmehr in kürzester Frist zur Durchföhrung bringen. Verlangt werden für 1000 Stiche, je nach den verschiedenen Artikeln, 20 bis 30 Pf. Im Laufe des vergangenen Sommers, während welchem die Schiffenflücker sehr dancibelag, sind die Löhne teilweise auf 15 bis 20 Pf. für 1000 Stiche zurückgegangen. Außer der Lohnerhöhung wird noch 1/2stündige Mittagspause gefordert. Der neue Tarif soll bereits am Montag, den 23. Oktober, in Kraft treten. Ein Streik dürfte hier wie bei der Lohnbewegung der Weber ebenfalls ausgeschlossen sein.

Der Ausstand der Steinarbeiter bei der Firma Bloß in Zöbau ist durch Vergleich beendet.

Die Errichtung eines Gewerbegerichts fordern die Arbeiter der Weberei Sorau. Dieser über 16 000 Einwohner zählende Ort besteht überwiegend aus einer industriellen Bevölkerung und sind daher gewerbliche Streitigkeiten nicht selten. Der Magistrat genannter Stadt verhielt sich bisher zu dieser Forderung passiv und dürfte nach allen Erfahrungen auch weiter diesen Standpunkt einnehmen. In einer am Sonntag vom Gewerkschaftsrat ein-

berufenen und gut besuchten Versammlung wurde einstimmig beschlossen, dem Magistrat die Forderung auf Errichtung eines Gewerbegerichts mit der Motivierung zu unterbreiten, daß die in den Vorortgemeinden Sorau wohnenden aber in der Stadt selbst beschäftigten Arbeiter die Zahl 4000 erreichen dürfte und die Forderungen des § 1a der neuen Gewerbegerichts-Novelle erfüllt sein würden.

Zufuß gegen Gewerkschaft. Der Vorstand der Zahlstelle Bronke des Verbandes der Maurer wurde vom Schöffengericht in Bronke verurteilt, weil er außer den Statuten des Centralverbandes nicht noch Statuten der Zahlstelle Bronke der Polizeibehörde eingereicht hatte. Die Angeklagten behaupteten, daß die Statuten des Centralverbandes auch die Statuten der Zahlstelle seien, denn die Zahlstelle Bronke sei ein Teil des Centralverbandes. Die Strafkammer in Posen als Berufungsinstanz bestätigte das Urteil des Schöffengerichts. Gegen diese Entscheidung ist Revision angemeldet worden.

Das Gewerkschaftshaus in Stuttgart ist durch einen großen Anbau erweitert worden. Im Jahre 1893 gründeten die Stuttgarter Gewerkschaften ihr eigenes Heim. Dasselbe wurde mietweise in den Räumen des Gasthauses zum Hirs untergebracht. Schon nach fünf Jahren hatte das neue Unternehmen sich so gut entwickelt, daß es in das käuflich für den Preis von 225 000 M. erworbene Gasthaus zum goldenen Bären übersiedeln konnte, was eine wesentliche räumliche Erweiterung bedeutete. Bald erwies sich auch das neue Haus als zu klein, es wurden deshalb einige Nachbarhäuser angekauft und an deren Stelle im vergangenen Sommer der Erweiterungsbau angeführt. In den neuen Räumen können sich nunmehr gleichzeitig 2000 Personen aufhalten und 100 Fremde beherbergt werden. Das Gewerkschaftshaus in seiner gegenwärtigen Gestalt repräsentiert einen Wert von 640 000 M. Ein gutes Zeichen für die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stuttgarter Gewerkschaften, die sich hoffentlich auch in der Zukunft kräftig weiter entwickeln und gedeihen werden.

Die Neuwahl von Knappschätzleiten im Ruhrrevier fand am 19. Oktober in 12 neugebildeten Sprengeln statt. Der sogenannte alte Verband und der christliche Gewerbeverein gingen getrennt vor. Mehrheitsweise hat der alte Verband in Essen und Altenessien in dem Sprengel gesiegt, der hauptsächlich vor der Hühre des Gewerbevereins-Vorsitzenden Brust liegt und die Angaben Brustis zu Schanden gemacht, daß er dort dreimal mehr Mitglieder habe wie der alte Verband unter Führung der „roten Brüder“. In Essen siegte die alte Verbände mit 80 resp. 73 Stimmen über die Neupartei; der Gewerbeverein erhielt nur 23 resp. 19 Stimmen. In Altenessien erhielten die Kandidaten des Verbandes 131 resp. 126, die Gewerbevereiner blieben mit 120 resp. 115 Mitglieder in der Minorität. Auch in Lünen siegte der alte Verband.

Aus Anlaß des Cunenwalder Weberstreiks ist Genosse Schulze in Dresden, der bei der Leitung des Streiks thätig war, von dem Fabrikanten Kalanah wegen Verleumdung verklagt worden. Das Schöffengericht hatte Schulze zu 75 M. verurteilt, das Landgericht dagegen sprach ihn frei.

Ausland.

Die Arbeiter der Steinbrüche von Tessins (Belgien) befinden sich seit 6 Wochen im Streik, sie wollen einen höheren Tarif durchsetzen.

Sociales.

Eine Zählung der Arbeitslosen wird das Gewerkschaftsamt in Braunschweig in den Tagen vom 4. bis 6. November vornehmen.

Eine Arbeitslosen-Versammlung in Mannheim, in der auch Vertreter der städtischen Behörden das Wort ergreifen und mögliche Verlässlichkeit der Wünsche der Arbeitslosen zusagen, hat folgende Resolution angenommen:

„Die am 19. Oktober, vormittags 10 Uhr, in der „Centralhalle“ tagende Arbeitslosen-Versammlung erwartet bestimmt von der städtischen wie von der staatlichen Verwaltung die ungehemmte Inangriffnahme der bereits bewilligten öffentlichen Arbeiten in dem der allgemeinen Arbeitsnot entsprechendem Umfang, nötigenfalls die Herbeiführung weiterer Bewilligungen zu diesem Zwecke. Sie erwartet, daß in erster Linie die in Aussicht genommenen Abbruchs-, Wald- und Erdbarbeiten unter Vermeidung des Unteraccidentenswesens unternommen werden, daß im übrigen die Arbeits- und Leistungsfähigkeit der Arbeitenden nach Möglichkeit berücksichtigt wird, und daß das Steinkloppen den sich freiwillig hierzu erbietenden Arbeitern mit den zur Erhaltung der Gesundheit erforderlichen Bedingungen übertragen wird. Sie erwartet, daß Staat und Gemeinde ihren ganzen Einfluß aufbieten, um durch Einrichtung ihrer eignen Arbeiten wie durch Beeinflussung der Privatindustrie die mögliche Vermeidung von Arbeiterentlassung und die Vermehrung und gleichmäßige Verteilung der Arbeitsgelegenheit herbeizuführen. Sie verlangt nicht den völligen Ausschluß auswärtiger Arbeitskräfte, wohl aber die vorzugsweise Berücksichtigung der hier ansässigen — nicht nur der unterhaltungs- wohnsitzberechtigten — Arbeiter wie der Familienhäupter als allgemeinen Grundsatz für alle für Rechnung der öffentlichen Behörden auszuführenden Arbeiten.“

Zur Feststellung der Zahl der Arbeitslosen sind in verschiedenen Lokalen Listen zum Einzeichnen ausgelegt.

Arbeiterherrschaft in Neuseeland.

In einem Buche über Neuseeland erzählt ein Professor v. Lendenfeld, wie wir der Wolfen Zeitschrift für Socialwissenschaft entnehmen, eine merkwürdige Geschichte über die Herrschaft der Gewerbevereine in der australischen Kolonie Neuseeland. Nachdem er eine Anzahl Daten über die gesetzgebenden Faktoren der Kolonie gebracht hat, sagt er:

„Diese Einrichtungen tragen einen sehr freiherrlichen und liberalen Charakter und man könnte beim ersten Blick glauben, daß durch sie die Bedürfnisse und Interessen der verschiedensten Berufsstände im richtigen Maße berücksichtigt und die Unterdrückung irgend eines Teiles der Bevölkerung durch einen anderen unmöglich werden müßte. In Wahrheit verhält es sich aber ganz anders. Infolge des allgemeinen Stimmrechts übt natürlich der Arbeiterstand bei der Wahl einen entscheidenden Einfluß aus, im allgemeinen haben nur die diesem Stande genehmen Kandidaten Aussicht auf Erfolg. Nun wäre das an sich ja ganz gut, denn es ist unweifelhaft, daß der neuseeländische Arbeiter in seiner Sphäre thätiger ist als der neuseeländische „Gebildete“ in der seinigen. Fast alle Arbeiter gehören aber den „Trades-Unions“ an, und diese stehen wieder unter der Leitung einzelner Leute von oft fragwürdigen Charakter. Innerhalb der Trades-Unions herrscht sehr strenge Disziplin, da gibt es keine lauwarme Toleranz und keinen Liberalismus, sondern nur scharfe Befehle von seiten des Präsidenten und unbedingten Gehorsam von seiten der Mitglieder. Wer nicht gehorcht, wird sicher ausgeschlossen, bekommt nirgends mehr Arbeit und hat gute Aussicht, durchgeprügelt oder totgeschlagen zu werden. Unter diesen Umständen ist es klar, daß die Vorstände der Trades-Unions in Wahrheit bestimmen, wer in das Parlament kommen soll, und daß nach der Wahl sie es sind, von denen die Ratschläge ausgehen, welche dem gewählten Vertreter von seiten seiner Wähler ab und zu erteilt werden. Ein Abgeordneter, der dann nicht diesen Wünschen folgt, hat keine Aussicht auf Wiederwahl.“

Wenn man also die Sache ansieht, wie sie wirklich ist, so erkennt man, daß eigentlich diese paar Demagogen, welche sich zur Herrschaft in den Trades-Unions aufgeschwungen haben, das Neuseeland regieren. Der Statthalter muß thun, was das Ministerium ihm sagt, — sonst erfolgt Secession und Abfall der Kolonie vom Mutterlande. Das Ministerium muß thun, was die Mehrheit des Unterhauses sagt, sonst giebt es Ministeriensturz.

und Verlust der Portefeuille. Die Parlamentsmehrheit ist abhängig von dem Willen des Arbeiterstandes — wer diesen nicht erfüllt, wird nicht gewählt. Der Wille des Arbeiterstandes wird von den Leitern der Trades-Unions kommandiert.“

Wenn das so einfach wäre, wie der Herr Professor, der übrigens Geologe und vermutlich kein Politiker ist, erzählt, dann wäre es doch höchst wunderbar, daß diese Arbeiter sich noch immer von Privatunternehmern ausbeuten lassen, anstatt der Privateausbeutung ein solches Ende zu machen.

Versammlungen.

Eine Kommunalwähler-Versammlung für den 44. und 45. Bezirk tagte am Montag in Ahrens Brauerei Moabit, in welcher der Genosse Dr. C. Freudenberg über die Bedeutung der bevorstehenden Kommunalwahlen und seine Aufgaben im Roten Hause referierte. Der Redner sagte unter anderem, daß selten eine Wahl unter so interessanten Umständen, wie die bevorstehende, stattgefunden hat. Nicht nur, daß die Wahl auf Grund der neuen Wahlreform vorgenommen wird, die allerdings schon dadurch gekennzeichnet ist, daß sie von der preussischen Regierung vorgeschlagen wurde und die Zustimmung des reaktionären preussischen Landtages erhalten hat und tatsächlich auch nur in einigen Bezirken einen Einfluß ausübt, sind es namentlich auch politische Momente, die bei dieser Wahl im Vordergrund stehen und die Frage aufwerfen ob Männer oder Weibslappen in das Stadtparlament gewählt werden sollen. Der Referent erinnerte an das wiederholte Eingreifen der Krone in die Selbstverwaltung der Stadtgemeinde Berlin, an das byzantinische Verhalten der Kommunalfreisinnigen bei der Nichtbestätigung des Bürgermeisters Kaufmann, sowie in der Straßenbahnfrage und in Sachen der Märchenbrunnen, wobei wieder recht eindringlich der Beweis erbracht wurde, daß unter den Freisinnsmännern nicht die Energie vorhanden ist, um die Rechte der Bürgererschaft zu wahren oder gar noch zu erweitern. Bei einer Körperschaft wie der Berliner Stadtverordneten-Versammlung, die zum weitaus größten Teil aus waischen Hausagariern zusammengesetzt ist, kam ein anderes Verhalten auch gar nicht erwartet werden. Die Vertreter der privilegierten ersten und zweiten Wählerklasse verzichteten auf das liberale Mäntelchen, sie beschränkten sich auf die reine Interessen-Politik zu Gunsten der Großbourgeoisie. Aufgabe der Wähler in der dritten Klasse muß es deshalb sein, socialdemokratische Vertreter ins Stadtparlament zu senden, die mit Energie die Interessen der Bevölkerung wahren. Der Redner schilderte in seinen weiteren Ausführungen die Mängel auf den Gebieten des Schul- und öffentlichen Gesundheitswesens und ihre Folgen, er verwies darauf, daß allen Verbesserungsanträgen der Socialdemokratie, so auch in Bezug auf die Arbeitsbedingungen der städtischen Arbeiter, von den Liberalen der bestmögliche Widerstand entgegengesetzt wurde und er zeigte an der famosen Lösung der Wohnungsfrage, wozu es führte, wenn fast $\frac{1}{3}$ einer Gemeindevertretung von einer Clique ernannt und nur $\frac{1}{3}$ von der Bevölkerung wirklich gewählt wird.

Die Ausführungen des Referenten wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. In der Diskussion beleuchtete auch der Kandidat des 44. Wahlbezirks, Genosse Glöze, das Verhalten der Freisinnigen in der gegenwärtigen Wahlbewegung, die allerdings nach all den Vorkommnissen das Gefühl haben müssen, daß sie in den öffentlichen Versammlungen nichts zu bestellen haben, und nun im stillen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für den Kandidaten, der den Pflichten vertreten soll, wirken. Die Agitation, mit der die Hausverwalter beauftragt sind, bedeutet für die vielen Beamten in diesem Bezirk die Einführung des schwarzen Listensystems, und ein Vorgehen, das den Thesen des Freisinn im Roten Hause würdig angereicht werden kann. Der Redner forderte die Parteigenossen auf, ihre Thätigkeit den Verhältnissen entsprechend einzurichten und dafür zu sorgen, daß am 6. November die Socialdemokratie als Sieger hervorgeht.

Trotz wiederholter Aufforderung meldeten sich keine Gegner zum Wort. Nachdem der Vorsitzende noch bekannt gegeben, daß am Donnerstag eine Versammlung in Victoria-Salon, Fellebergerstraße, und am Sonntag eine Flugblattverbreitung stattfindet, sowie zur regen Betätigung aufgefordert hatte, erfolgte der Schluß der Versammlung mit einem kräftigen Hoch auf die Socialdemokratie.

Ueber die Bedeutung der Kommunalwahl im 36. Bezirk sprach am Montag Genosse Dr. Wehl in einer Kommunalwähler-Versammlung bei Kranz in der Badstraße. Einleitend eruchte der Redner die Genossen, sich nicht der Meinung hinzugeben, daß weil von den Gegnern bezüglich der Wahl scheinbar nichts geschieht, diese überhaupt nicht auf den Plan treten würden. Die Gegner hätten große Organisationen und würden ihre Agitation wahrcheinlich erst kurz vor der Wahl beginnen, wo man keine Gelegenheit mehr hätte, sie zu widerlegen. In fesselnder Weise übte Dr. Wehl dann eine äußerst scharfe Kritik an den Thesen der freisinnigen Pantoffelhelden, die es mit ihrem Zukunftsstandpunkt nicht fertigbringen, der Ausdehnung des persönlichen Regiments einen Damm entgegenzustellen. Der Redner zeigte, wie rückwärts diese Herren der Krone entgegenkommen, wie rücksichtslos sie der großen Masse der Bevölkerung gegenüber sich verhalten, wie unfähig sie sind, in social-politischer Beziehung etwas zu leisten, und wach kaffender Widerspruch zwischen der Auffassung der Socialdemokratie, nach der die Stadt eine große sociale Gemeinschaft sein soll, und der Auffassung der Freisinnigen besteht, die den Bestholden ein paar Almosen zuwerfen, es aber als ihre Hauptaufgabe betrachten, die brutal kapitalistische-agrarischen Interessen zu vertreten. Zum Schluß seiner interessanten Ausführungen ermahnte der Vortragende die Genossen an ihre Pflicht, aufs eifrigste dafür zu wirken, daß der Vertreter der Arbeiterherrschaft mit überwältigender Mehrheit ins Rote Haus geschickt werde und der Kapitalisteneinfluß gründlich auf Haupt geschlagen werde. Nach dem Vortrag, der mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde, gelangte eine im Sinne des Referats gehaltene Resolution zur einstimmigen Annahme. — Genosse Rasche regt an, daß diejenigen Wähler der 2. Klasse, die seine Ansichten teilen, dem Genossen Singer ihre Stimme geben.

Eine Volksversammlung für den IV. Berliner Wahlkreis, an der etwa 400 Personen teilnahmen, tagte am Montag in Kellers Kessalen, Köpenicker Str. 29. Genosse Robert Seidel sprach referierte über „die Socialdemokratie und Arbeiterbewegung in der Schweizerrischen Republik“. Der Vortrag, über den wir bereits gestern anlässlich der Versammlung im III. Wahlkreis berichtet haben, fand auch hier lebhaften Beifall. Diskutiert wurde nicht. Mit einem Hoch auf die internationale völkervereinende Socialdemokratie ging die Versammlung auseinander.

Die Inhaber von Wasch- und Blättankstellen hielten Montagabend in der Reissauer, Kommandantenstraße, eine von 800 Personen besuchte Versammlung ab, um gegen eine Verfügung der Orts-Krankenkasse für Waschanstalt zu protestieren. Diese Kasse hat durch Rundschreiben bekannt gegeben, daß sie vom 27. Oktober an, ab alle in Alt-Blättereien und Waschanstalten beschäftigten Kassenmitglieder ausschließe. Wie der Verlauf der Versammlung zeigte, stößt die Ausweisungsborder bei den davon Betroffenen auf heftigen Widerstand. Es wurde hervorgehoben, daß das Personal der Blättereien und Waschanstalten im Jahre 1893 geradezu auf behördliche Veranlassung jener Kasse überwiesen sei und daß seitdem ganz erhebliche Beiträge an letztere abgeführt wären. Die Gewerbe- deputations habe denn auch auf ergebene Vorstellungen angedeutet, daß das Vorgehen der Orts-Krankenkasse unberechtigt sei. Es wurde nun empfohlen, etwaige neue Mitglieder auch nach dem 27. Oktober bei der bezüglichen Kasse anzumelden und bei verzögerter Aufnahme Beschwerde bei der Gewerbe-Deputation einzulegen. Bei etwaigen Erkrankungen bisheriger Mitglieder sollten diese ruhig einen Krankenpfleger fordern und bei Nichterfüllung irgend einen Arzt mit der Behandlung betrauen. Indes sei dabei erforderlich, sich eine ärztliche Bescheinigung über die Krankheit und Arbeitsunfähigkeit ausstellen zu lassen.

und folche der Gewerbe-Deputation zu überreichen, die dann die Auszahlung veranlassen werde. — Die Versammlung nahm schließlich eine Resolution an, in der sie gegen das Vorgehen der Krankenkassen protestiert und den Vorstand des Vereins der Wasch- und Blättankstellen beauftragt, dahin zu wirken, daß die Ausweisungsborder zurückgenommen oder aber von der Orts-Krankenkasse ein zur Gründung einer eignen Krankenkasse notwendiger Reservefonds an den Verein der Wasch- und Blättankstellen-Inhaber erteilt werde. Diese Forderungen sollen nötigenfalls auf gerichtlichem Wege zum Austrag gebracht werden. — In derselben Angelegenheit findet am 29. d. M. in der Brauerei Friedrichshagen eine große öffentliche Versammlung statt.

Der Verein socialdemokratischer Gast- und Schausteller hielt am 18. Oktober in Rixdorf bei Winger eine Generalversammlung ab, in welcher beschlossen wurde, an der Gewerbevereinsauswahl teilzunehmen, und wurde eine Kommission von fünf Mitgliedern zur weiteren Vorarbeit gewählt. Der Kassenbericht vom 3. Quartal ergab eine Einnahme von 669 M., eine Ausgabe von 697,84 M. und verbleibt ein Bestand von 7239,91 M. Neu aufgenommen wurden sechs Mitglieder.

Kommunales.

Der Ausschuss zur Vorberatung der Magistratsvorlage zur Umgestaltung der Straße „Unter den Linden“ beschäftigte sich am Dienstagabend nochmals mit den Plänen des Stadtbaurats Krause. Die Mitglieder Stadtb. Vorgmann, Lange und Rosenow erhoben bei Eröffnung der Sitzung Einspruch gegen eine neue Verhandlung, weil sie den Ausschuss nicht für legitimiert erachteten, nochmals in dieser Sache zu verhandeln, weil die Verhandlung durch einen Beschluß vorläufig ihren Abschluß gefunden hätte, der Vorsitzende Baurat Kyllmann beauftragt worden sei, über diesen Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung zu berichten und weil der Ausschuss offensichtlich zu dem Zweck zusammenberufen worden sei, um seinen nach erschöpfender Verhandlung gefassten, wohlüberlegten Beschluß den Wünschen höherer Ortes entsprechend zu ändern. Diefem Einspruch wurde lebhaft widersprochen, worauf die drei Genannten den Ausschuss verließen. Nach einer Geschäftsordnungs-Debatte wurde dann beschlossen, in die Beratung einzutreten und nach langer Erörterung die Sitzung vertagt. Man will zunächst noch nähere Erhebungen über die Kosten der Umgestaltung abwarten.

Ein Gegenkandidat für den Stadtverordneten Jacobi. In dem Wahlbezirk des Stadtverordneten Jacobi hat am Dienstagabend eine Vorbesprechung derjenigen liberalen Wähler stattgefunden, die nicht für Herrn Jacobi eintreten wollen, sondern die Aufstellung eines andern liberalen Kandidaten wünschen. Die von etwa 70 Personen besuchte Versammlung wurde geleitet von Herrn Rechtsanwalt Dieber, der vor 8 Tagen in der allgemeinen Wählerversammlung zuerst und am heftigsten gegen Jacobi gesprochen hatte. Vor Eintritt in die Besprechung wies Herr Dieber die Anhänger Jacobis, etwa zehn Herren, aus dem Saal — ein Verfahren, das er damit begründete, daß die Besprechung eine vertrauliche und nur für Gegner Jacobis bestimmt sei. Die Besprechung selber bot wenig Bemerkenswertes. Als Kandidaten wurden vorgeschlagen: Justizrat Stern, der eine Kandidatur ablehnte, ferner Bezirksvorsteher Charton und Rechtsanwalt Dieber. Herr Charton empfahl sich der Versammlung mit den Worten, er sei „ein sogenannter liberaler Mann“. Gegen Herrn Dieber wurde geltend gemacht, er stehe vielmehr in dem Ruf, der Socialdemokratie zuzuneigen; das könne leicht gegen ihn ausgenutzt werden. Herr Dieber wies diesen Vorwurf zurück. Die Abstimmung ergab 10 Stimmen für Charton und 24 für Dieber; etwa die Hälfte der Versammlung enthielt sich der Stimme. Herr Dieber soll auf Grund dieses Beschlusses in einer demnächst einzuberufenden allgemeinen Wählerversammlung als Gegenkandidat aufgestellt werden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Oesterreichisches Abgeordnetenhaus.

Wien, 22. Oktober. (B. Z. W.) Im Verlaufe der Sitzung erklärte der Minister für Kultus und Unterricht in Beantwortung der Interpellation Groß und Genossen über die Einwanderung von Mexikern in Oesterreich, bisher seien von französischen Kongregationen nur drei Gesuche um vorübergehende Niederlassung eingelaufen. Die Genehmigung zur Niederlassung sei bisher nur der zwanzig Professoren und fünf Laienschwestern zählenden Karmeliterinnen-Kongregation in Versailles für Salzburg erteilt worden. Die beiden andern Gesuche befanden sich im Stadium der Vorbereitung. Selbstverständlich würden bei solchen Gesuchen die genauesten Erhebungen gepflogen. Bisher sei kein Gesuch einer französischen Kongregation um Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft eingereicht worden, auf Grund welcher auf die Ausübung der Seelsorge oder der Lehrthätigkeit Anspruch erhoben werden könnte. Abgeordneter Eisenlof brachte einen Dringlichkeitsantrag ein, in welchem er die Regierung auffordert, eine Gesetzesvorlage einzubringen, wonach die Neu-Errichtung von Klöstern von einem Besetze abhängig gemacht wird, die bestehenden Klöster und Kongregationen die Genehmigung einzuholen haben, und nach welchem ferner die Orden und Kongregationen dem Vereinsgesetz unterworfen werden, gleichzeitig ihnen aber jede Lehrthätigkeit unteragt werden soll.

Der Präsident beantwortet schon am Schluß der Sitzung die heutige Anfrage des alldeutschen Abgeordneten Stein. Der Präsident erklärt, er habe sofort, nachdem das verabschiedungswürdige Attestat auf Me Anleh bekannt geworden sei, dem Gesandten der Vereinigten Staaten persönlich seine innigste Teilnahme ausgesprochen. Nach dem Tode Me Anlehs habe er abermals dem Gesandten im Namen des Hauses das tiefste Beileid zum Ausdruck gebracht und hierfür den Dank des Gesandten entgegengenommen. In Anbetracht dessen, daß seitdem lange Zeit verfloßen sei, habe er es nicht für geboten gehalten, darauf zurückzukommen. Es könne keine Rede davon sein, daß irgend ein anderer Faktor ihn zu seinem Entschlusse bestimmt habe.

Frankfurt a. M., 22. Oktober. (B. Z.) Nach einer Depesche der „Frankfurter Zeitung“ aus Mainz hat die socialdemokratische Fraktion der zweiten bessischen Ständekammer folgenden Antrag eingebracht: Die Kammer wolle beschließen, die großherzogliche Regierung zu ersuchen, behufs Vinderung der überall sich fühlbar machenden Arbeitslosigkeit alle irgendwie in Frage kommenden Staatsarbeiten in beschleunigter Weise in Angriff nehmen und eventuell der Kammer eine Vorlage über Rotstandsarbeiten zugehen zu lassen.

Wien, 22. Oktober. (B. Z.) Der volkswirtschaftliche Ausschuss des Abgeordnetenhauses beschloß, ein Verbot des Getreide-Exportes in Handels sowie die Reformierung der Produktionsbörsen zu beantragen.

Wien, 22. Oktober. (B. Z. W.) Der Gemeinderat verhängte gemäß den Anträgen des Stadtrates über die Bau- und Betriebsgesellschaft für Straßenbahnen in Wien eine Konventionalkasse im Betrage von 481 100 Kronen wegen Nichterfüllung des vertragsmäßig festgelegten Jahresplans in 72 Fällen.

Paris, 22. Oktober. (B. Z. W.) In der Deputiertenkammer brachte Biviani im Namen der socialistischen Gruppe einen Antrag auf Aufhebung des sogenannten Anarchistengesetzes vom Jahre 1894 ein.

Paris, 22. Oktober. (B. Z. W.) Der vor kurzem vom Zuchtpolizeigericht zu 6 Monaten Gefängnis verurteilte verantwortliche Redacteur des anarchischen Blattes „Libertaire“, Grandbier, ist heute vormittag verhaftet worden.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Eine Kommunalwähler-Versammlung für den 34. und 35. Bezirk findet heute in Berliner Prater, Kastanien-Allee 7-9, statt. Gen. Vorkmann hält einen die Stadtverordneten-Wahlen behandelnden Vortrag. Ebenfalls spricht Gen. Pfannkuch in einer bei Kabe, Kolbergerstraße 23, für den 48. Bezirk stattfindenden Versammlung über die Bedeutung der Wahlen. Für den 29. und 41. Bezirk tagt heute bei Lehdecker, Sophienstraße 34, eine Versammlung, in der Gen. Dr. Friedberg spricht. Zahlreicher Besuch dieser Versammlungen ist erforderlich.

Ueber die Aufgaben des nächsten Reichstages hält Genosse Sebel am Donnerstag in der Urania, Brangelstr. 10, einen Vortrag. Die Parteigenossen wollen für zahlreichen Besuch dieser Versammlung agitieren.

Weißensee. Heute abend 8 1/2 Uhr hält Genosse Walde in der Urania einen Vortrag über „Glauben und Wissen“.

lokales.

Der Magistratskommissar mit dem Jauchtopf. Durch die neulichte Verhandlung des schleimigen Antrags der sozialdemokratischen Fraktion im roten Hause über den Fall des gegen das Gesetz verhafteten Drebers Gries ist von den vielen in der hiesigen Krankenlasten-Behörde herrschenden Mißständen nur einer, wenngleich ein recht auffälliger, ans Licht gefördert worden. Von den vielerlei andern Klagen aber mag heute nur noch eine hervorgehoben werden, die zeigt, welsch hamäleonartige Gestalt auch die Entscheidungen dieser Behörde tragen. Es giebt in dieser Behörde nur einen Magistratskommissar, Herrn Stadtrat Friedel. Daß dieser eine Mann neben seinen sonstigen unter- und oberirdischen Arbeiten nicht alle Angelegenheiten der Krankenlasten-Behörde allein besorgen kann, ist selbstverständlich. Er muß aber darauf sehen können, daß die von ihm unterzeichneten Entscheidungen einander nicht schmerzhaft widersprechen. Und doch ist dem leider so trotz der für die Arbeiterschaft so notwendigen Einheit in der Rechtsprechung. Einer der unter Stadtrat Friedel beschäftigten Assessoren — irren wir nicht, Assessor Hamburger — entschied in den von ihm zu bearbeitenden Klagen, z. B. der die Kasse der Bureaubeamten betreffenden, zutreffend, daß Bureaubeamte mit weniger als 2000 M. Gehalt stets dann Krankenversicherungspflichtig sind, wenn eine Kündigungskarte unter sechs Wochen vereinbart ist, also auch dann, wenn der Chef die Fürsorge für sechs Wochen Krankheit vertraglich übernimmt. Diese Entscheidung unterzeichnete Stadtrat Friedel mit Recht. Aber er unterzeichnete auch die andre Reihe der entgegengelegten Entscheidungen, die vom Assessor Meyer, über dessen Tätigkeit auch in der Größten Angelegenheit lebhaft Klage geführt wurde, entworfen ist. Diese Reihe der Entscheidungen traf die den Bureaubeamten bezüglich der Krankenversicherungspflicht gleichstehenden Handlungsgehilfen. Hier wurde entgegen zutreffender Ansicht entschieden, daß eine Versicherungspflicht dann nicht bestehe, wenn die Kündigungskarte eine längere als die sechswochentliche gesetzliche ist, der Prinzipal aber die Fürsorge für Krankheitsfälle vertraglich für die Dauer von sechs Wochen übernommen hat. Wiederholt hatten wir darauf hingewiesen, daß auch für solche Fälle die Versicherungspflicht bestehe. Wir haben auch konstatiert, daß in den letzten Jahren auch das Ober-Verwaltungsgericht, das Kammergericht und das Reichsgericht in gleichem Sinne entschieden haben. Hoffentlich hat sich nun auch der von den Westpreussischen Juristen besessene Teil des Magistrats-Kommissariatskopfes endlich zu dieser zutreffenden Ansicht bekehrt. Wie konnte es kommen, daß jahrelang verschiedene Entscheidungen seitens desselben Kommissars für dieselben Rechtsfragen ergingen, je nachdem ein Assessor für oder gegen vorbrachte? Glaubt der Kommissar die von seinen Hilfsarbeitern entworfenen Verfügungen nur unterhalten zu brauchen, so sollte er mindestens dafür Sorge tragen, daß einer seiner Hilfsarbeiter von seinem Recht des Jurens nicht in stärkerer Weise als die übrigen Gebrauch macht.

Zur Umgestaltung des Lehrplans der Berliner Gemeindeschule. Die Kommission, die im Frühjahr zur Prüfung und eventuellen Umgestaltung des neuen Lehrplans der Berliner Gemeindeschule zusammengetreten war, hatte ihre durch die Sommerpause unterbrochenen Beratungen vor einiger Zeit wieder aufgenommen. Die Arbeit ist in den letzten Wochen so rasch gefördert worden, daß sie jetzt dem Abschluß nahe ist. Wie die „Volkszeitung“ mitteilt, glaubt man den neuen Lehrplan spätestens am 1. Dezember dem Ministerium vorlegen zu können. Das Ergebnis der Verhandlungen ist eine einheitliche Verteilung des Lehrstoffes auf 8 Klassen. Die 8., 7. und 6. Klasse bilden die Unterstufe, die 5. und 4. die Mittelstufe, die 3., 2. und 1. die Oberstufe. Es soll jedoch mit Rücksicht darauf, daß ein großer Teil der Schüler die 1. Klasse nicht erreicht, der Unterricht so eingerichtet werden, daß der Lehrgegenstand mit Abolvierung der 2. Klasse eine Art Abschluß erhält. Danach wäre, genau genommen, auch in diesem umgestalteten Lehrplan das Achtklassen-System nicht streng durchgeführt, sondern ein Kompromiß mit dem Gedanken des Siebenklassen-Systems nebst aufgesetzter Oberstufe geschlossen worden — wenn auch die Klassennummerierung, verständigerweise, von der obersten bis zur untersten Klasse gleichmäßig durchgeführt ist. Dennoch muß nach allem, was über die Arbeiten der Lehrplan-Kommission bisher bekannt geworden ist, angenommen werden, daß die von der Kommission empfohlene Fassung des Lehrplans gegenüber derjenigen, für die sich die Schuldeputation entschieden hatte, einen dankenswerten Fortschritt bedeutet. Es ist nur bedauerlich, daß es dazu erst des Eingreifens der staatlichen Aufsichtsbehörden bedurft hat. Die freimüthigen „Hüter“ der Selbstverwaltung können diesem Eingriff gegenüber leider nicht einmal sagen, daß er ein ungerechtfertigter gewesen sei.

Auf der Tagesordnung der Stadtverordneten-Sitzung am Donnerstag stehen u. a. folgende Gegenstände: Die Gemeinde-Einkommensteuer-Ordnung der Stadt Berlin und Abfindung von der Erhebung der Gemeinde-Einkommensteuer nach dem Steuerjahr von 4 M. vom 1. April 1902 ab bis auf weiteres. — Genehmigung eines mit der Großen Berliner Straßenbahn und der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn getroffenen Abkommens wegen Einstellung des Accumulatorbetriebes und Ersatz desselben durch Betrieb mittels ober- und unterirdischer Stromzuführung — und die Höhe der den Anliegern der Vorbahngenerators zwischen Frankfurter Allee und Warschauerstraße für Abtretung der zur Freilegung der Vorbahngenerators erforderlichen Terraines und Abbruch von Bauwerkstätten zu zahlenden Beträge. — Vorlagen, betreffend die Einführung von Schutvorrichtungen an den elektrischen Straßenbahnwagen. — die Benennung des neuen städtischen Krankenhauses — und die Dienstwohnungen des Direktors und des Schulleiters an der A. Realschule. — Berichterstattung über die Anträge von Mitgliedern der Versammlung, betreffend die Wohnungsnote und die auf dem Gebiete des Wohnungs-wesens bestehenden Mißstände sowie die Verwirklichung des Geländes der ehemaligen Stalauer Wasserwerke für Einrichtung kleiner Wohnungen. — Berichterstattung über die Vorlagen, betr. die Räumung des Steindepotplatzes auf dem Brunnenplatz und Errichtung eines Ersatzdepots auf dem städtischen Grundstück an der Ecke der See-

straße und des Nordufer — und die Wahl des Stadtrats Kauffmann zum II. Bürgermeister. — Vorlagen, betreffend: die Verlegung des Friedrich-Realgymnasiums, — den Abschluß eines Vertrages mit dem Moabit Elektricitäts-werk, Aktiengesellschaft zu Berlin. — die Errichtung einer städtischen Volks-Badeanstalt für den Stadtteil Wedding, — die Annahme des von dem Fräulein Martha Heiß „den armen Blinden Berlins“ leztwillig angelegten Vermächtnisses. Außerdem findet in dieser Sitzung, und zwar am Beginn derselben, die Wahl von 4 unbesoldeten Stadträten für die Stellen der Herren Wargroff, Dr. Münsterberg, Dr. Straßmann und Straube deren Wahlzeit mit Ende dieses Jahres abläuft, statt.

Die elektrische Hochbahn. Aus 400 Brücken besteht der am 1. Dezember zur Eröffnung kommende Hochbahnkörper. 48 Brücken überspannen Straßenübergänge oder Wasserläufe, während der übrige Teil zwischen Warschauerstraße und Kollndorfsplatz aus 412 Brückenjochen und 400 Metern Mauerwerk zusammengefaßt ist. Welsch eine gewaltige Arbeit bei diesem Eisenbau zu überwinden war, ergibt der Umstand, daß die Tragfähigkeit einer jeden Brücke für sich berechnet ist, jeder einzelne Wagen eine selbständige Arbeitsleistung darstellt. Große technische Schwierigkeiten verursachten die Wägen über den Körper der Anhalter und Potsdamer Bahn hinweg, die durch ihre Eigenart zu einem Kunstbauwerk ersten Ranges geworden sind und den interessantesten Teil der Hochbahn bilden. Hier ist es das sogenannte Geleisdreieck, welches hinter der Ludenwalderstraße gelegen, aus einem wohl einzig dastehenden Brückenystem besteht. Da durch das Geleisdreieck drei verschiedene Hochbahnlinien zusammengeschlossen werden, so wurden hier selbstverständlich viele Kreuzungsweichen erforderlich. Um solche nach Möglichkeit zu vermeiden, wurden die Bahnlörper der entgegenlaufenden Geleise in verschiedene Höhenlagen gebracht, so daß die Gefahr eines Zusammenstoßes von zwei aus entgegengesetzten Richtungen kommenden Zügen an den Kreuzungsstellen gänzlich ausgeschlossen ist. Ein Kunstwerk ist auch die 83 Meter lange Ueberführung über die Potsdamer Stamm- und Wannseebahn. Hier mußte darauf Rücksicht genommen werden, daß bei einer etwaigen Verlegung der Geleise des Bahnkörpers die Pfeiler der Hochbahn kein Hindernis bilden und dies konnte nur dadurch erreicht werden, daß verschiebbare, unverankerte Pfeilerbauten zur Anwendung kamen. Um dem Verkehr auf der Potsdamer Bahn keine Störung zu verursachen, mußte die Brücke zwei Meter höher, als die natürliche Lage es erfordert, fertiggestellt und dann unter Druck gestellt werden. Es ist natürlich, daß ein so kompliziertes Bauwerk besonders sorgfältig auf seine Tragfähigkeit untersucht werden mußte. Es geschah dies unter Veräuflichung der denkbar größten, im praktischen Gebrauch nie vorkommenden Belastung. Zwei in gleicher Richtung hintereinander folgende gleichzeitig in voller Fahrt die Brücke passierende elektrische Bahnzüge werden unter Anwendung von Gegenstrom in dem gleichen Moment zum Stehen gebracht. Trotz des enormen Drucks, der so auf die Brücke ausgeübt wurde, war die Durchbiegung nur eine ganz minimale, so daß das Bauwerk die verlangte Sicherheit bietet.

Zum Milchriege nahm die Berliner Bäderinnung „Germania“ in ihrer am Montag stattgehabten Quartalsversammlung Stellung. Die Innung hatte zu Beginn des Milchriege von der Centrale verhandelt, die Centrale hatte aber durch ungenügende und unregelmäßige Lieferung selbst bei den Bädermeistern, die sich mit ihr eingelassen, jede Sympathie verschert. Die Innung ist jetzt gleichfalls auf Seite der Milchhändler getreten. Die Milchcentrale ist in den letzten Tagen abermals an sie herangetreten und hat mit ihr auf zwei Jahre für den Preis von 15 Pf. pro Liter Vollmilch abschließen wollen. Das Anerbieten wurde jedoch von den Bädermeistern abgelehnt.

Übermal hat sich eine Zwangsbannung aufgelöst. In einer gut besuchten Versammlung, welche die Drechslermeister Berlins und der Umgegend am Montag abhielten, wurde mit 134 gegen 5 Stimmen die Auflösung der erst seit wenigen Jahren bestehenden Innung beschlossen. Der Vorstand erklärte sich allerdings bereit, sein Amt weiter fortzuführen, aber die Innungsherren mußten den Tod ihrer Organisation schon vor Augen gesehen haben, denn sie hatten sich vorher bei der zuständigen Behörde erkundigt, ob sie nach der Auflösung wieder korporative Rechte erlangen könnten. Auf diese Frage war eine vorab verneinende Antwort erteilt worden, da man oben der Ansicht war, daß bei der Auflösung der Innung die freie Vereinigung der Drechslermeister das erwähnte Vorrecht beanspruchen könne.

Zu der Vöflerschen Angelegenheit ist der mit Justizhaus vorbeistrafte Agent Tomaszke unter dem Verdacht, den Bucherer, dem er als Schlepper diene, ermordet und beraubt zu haben, verhaftet worden. Der 65-jährige Geldverleiher Eduard Vöfler wurde, wie wir seiner Zeit mitteilten, am 1. d. Mts. um 9 1/2 Uhr vormittags in seiner Wohnung tot aufgefunden und hatte anscheinend Selbstmord durch Gift (Strychnin) verübt. Da aber, weil allerlei Verfassungen fehlten, die Möglichkeit eines Raubmordes nicht ausgeschlossen war, hatte die Kriminalpolizei alle Spuren verfolgt, die zur Entdeckung eines etwaigen Täters führen konnten.

Bekannt Vöflers hatten eine Beschreibung seiner goldenen Uhr und Kette geliefert. Da fiel es dieser Tage auf, daß Tomaszke, der kurz vor seiner Verhaftung mit einer Witwe steht, genau so eine Uhr und Kette trug. Gestern darüber zur Rede gestellt, gab er an, daß er die Uhr mit der Kette schon lange besitze und nicht mehr wisse, wo er sie gekauft habe. Kriminalinspektor Braun wies ihm jedoch nach, daß er sie erst in der letzten Zeit erworben und wo er sie gekauft hat. Eine genaue Betrachtung zeigte aber, daß diese Uhr und Kette nicht die Vöflers waren. Es fehlten gewisse Merkmale, die nur der alten Uhr eigentümlich waren. Vöfler hätte also gar keine Ursache gehabt, über den Erwerb solcher Angaben zu machen, wenn nicht irgend ein Zusammenhang mit der alten Uhr bestände. Er zeigte sich dem auch bald. Tomaszke hatte zunächst die Uhr Vöflers getragen, sie dann aber, als in den Zeitungen auf deren Verschwinden aufmerksam gemacht wurde, sich ihrer entäußert und sich eine ganz ähnliche neue gekauft. Die alte Uhr mit Kette ist bereits ermittelt. Dazu kommt, daß man in der Wohnung Tomaszkes auch Strychnin gefunden hat und zwar in derselben Papierhülle, wie eine vor dem toten Vöfler lag. — Nach amtlicher Darstellung hat Vöfler nach hartnäckigem Leugnen sich schließlich zu dem Geständnis bequemen müssen, daß die bei der Leiche gefundene minderwertige Uhr ihm gehört, er will sie am 30. September mit Vöfler gegen dessen goldene Uhr eingetauscht haben, angeblich weil Vöfler Pfändung befürchtete. Die geraubte Uhr ist bei dem Täter vorgefunden worden.

Tomaszke richtete sich nach seiner Entlassung aus dem Justizhause am 1. August in der Christburgerstr. 88 ein Bureau ein und beschäftigte einen jungen Schreiber, dem er ein als Skaution verlangtes Sparlassenbuch über 1000 M. verrentete. Der Schreiber hat nun am Abend der That zufällig bemerkt, daß Tomaszke Gift im Bureau hatte.

Der Mörder hat hiernach ohne Zweifel nach einem ganz sorgfältig überlegten Plane gehandelt. Wie festgelegt ist, sah Tomaszke am 30. September abends in einer Wirtschaft gegenüber dem Hause Vöflers, das er ganz genau beobachtet konnte. Nachdem er gesehen hatte, daß Fräul. Kretschmar weggegangen war, ging er zu Vöfler hinaus und brachte ihm auf irgend eine Weise das Gift bei. Nun nahm er die Leiche, die unter den Wirkungen des Strychnins gekrümmt war, und bettete sie auf die Chaiselongue lang ausgestreckt so, daß

von einem Todeskampfe nichts mehr zu sehen war. So wurde der Ansehen eines natürlichen Todes erweckt. An kleine Versehen konnte der Mörder nicht denken, so nicht daran, daß ihm von seiner brennenden Cigarette an mehreren Stellen Asche auf die Kleider des Toten gefallen war und daß sich bei seinem Hinausschieben der Leiche auf die Chaiselongue gewisse Falten übereinstimmend nach derselben Richtung im Bezug gebildet hatten. Den Aschenbesand suchte er damit zu erklären, daß ja doch Vöfler auch geraucht habe. Als man ihm aber die Unhaltbarkeit dieser Erklärung aus der Lage der Kleidertheile nachwies, schweig er. Nachdem der Mörder die Leiche in eine unverdächtige Lage gebracht hatte, wuschte er das Glas, in dem er das Gift gemischt hatte, sorgfältig aus, und zwar mit seinem Taschentuch, und vertuschte so jede Spur in den Trinkgefäßen. Daß ein Teil des Giftes mit der Hülle auf den Boden gefallen war, übernahm er; oder er ließ es mit Absicht liegen, um den Gedanken an einen Selbstmord durch Gift aufzubringen. Wahrscheinlich ist das erstere. Nachdem er alles besorgt hatte, ging Tomaszke wieder in die Wirtschaft, sprach von einem unbekannten Besuch, den Vöfler noch erhalten habe, und nahm angeblich für den Besuch noch Bier mit. In Wirklichkeit trank er das Bier selbst auf der Stelle aus und ging nun sogleich wieder weg, und zwar so, daß er gesehen werden mußte. So schaffte er sich ein Alibi, wenn man an den Besuch glaubte. Für diesen hat sich indessen eine Stütze nicht gefunden. Trotz aller dieser Verdachtsmomente will Tomaszke von einem Morde nicht das geringste wissen. Die Kriminalpolizei aber führte ihn gestern nachmittags noch nach Moabit in Untersuchungshaft ab und beschlagnahmte die Uhren und andern Beweismittel.

Die Einigungsverhandlungen in Sachen des Apotheker-Voytots beginnen am Sonnabendabend vor dem Gewerbegericht.

In der Schöneberger Mordaffäre ist vielfach die Ansicht verbreitet worden, daß die Obduktion der Leiche des Bau-Arbeiters Gabriel ergeben hätte, daß G. nicht das Opfer eines Verbrechens, sondern eines Unfalles geworden wäre. Diese Auffassung soll an einem Irrtum beruhen. Der Befund hat zwar die Möglichkeit eines Unfallsfalles offen gelassen, weil die Verletzungen am Halse nicht mit einem Messer, sondern durch Glascherben hervorgerufen seien, stellte dagegen außer Frage, daß die Verletzung am Auge dem G. schon vorher beigebracht worden ist. Diese Verletzung kann durch einen Fall oder auch durch einen Schlag mit einem stumpfen Gegenstande entstanden sein. Zur Untersuchungsfrage selbst ist mitzuteilen, daß die gegen den Gärtner Anton Scholten vorkliegenden Verdachtsmomente sich wesentlich verstärken haben. Besonders befaßt für Scholten spricht der Umstand, daß er in einem Lokal in der Kurfürstenstraße in der Zeit von 6-7 Uhr morgens, also vor Aufhebung der Leiche von einem Morde auf dem Laubenterrain bei Wilmerdorf gesprochen und daß er sich an jenem Tage nicht auf dem Laubenterrain hat sehen lassen, obwohl ihn, da Gabriel ein guter Bekannter von dem Gärtner gewesen, die Neugierde hätte veranlassen müssen, das Laubenterrain zu besuchen.

Dem Hungertode nahe wurde gestern morgen die Witwe Minna Schmiedel dem St. Gerlachstift in der Müllerstraße zugeführt. Gestern morgen gegen 6 Uhr bemerkte ein den Spandauer Weg bei Dalldorf entlang fahrender Milchhändler in der Nähe der städtischen Irrenanstalt eine am Rande eines Grabens liegende Frau, die sich in besinnungslosem Zustande befand. Den Bemerkungen des Milchhändlers, die Unglückliche wieder ins Leben zurückzurufen, waren von Erfolg gekrönt. Er stößte ihr etwas Milch ein und trug die Kranke, die sich nicht zu erheben vermochte, nach seinem Wagen, um sie dem genannten Krankenhaus zuzuführen. Wie die Werge feststellten, ist die Kranke, die nur nothdürftig mit Lumpen bedeckt war, infolge Hungers geschwächt, zweifellos am Wege zusammengebrochen. Aus einem bei ihr vorgefundenen Schriftstück wurde festgestellt, daß die Kranke eine anscheinend obdachlose Witwe Minna Schmiedel aus Berlin ist. Wie die Frau in jene traurige Lage geraten, konnte noch nicht festgestellt werden, da die Kranke bald nach ihrer Einlieferung in die Anstalt die Besinnung verlor und bisher noch nicht vernunftfähig war.

Straßenperrung. Die Georgenstraße von der Straße Am Kupfergraben bis zur Universitätsstraße einschließlich der Kreuzung mit der letzteren wird wegen Verbreiterung und Asphaltierung vor den Stadtbahnbögen Nr. 183-188 vom 24. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Feuerbericht. Nach Pantow wurde die Berliner Feuerweh in der Nacht zum Dienstag gerufen, weil dort in der Thälstr. 1 kurz nach Mitternacht ein großer Dachstuhlbrand ausgebrochen war. Neben verschiedenen Ortwehren aus der Umgegend leisteten auch die Berliner mit einer Dampfspitze Löschhilfe. Da der größte Teil des Dachstuhles eingestürzt wurde, ist der entstandene Schaden erheblich. Vorher brannten Meyerstr. 42 Holzsohlen und Gerümpel und Gütshamerstr. 80 Schade und Fußboden in einem Fabrikgebäude. Vesselfstr. 50 war ein kleiner Wohnungsbrand zu befechtigen. Durch überglühenden Teer war Hufitenstr. 25 ein Gartenzaun in Brand geraten.

Theater und Vergnügungen. Im Schiller-Theater wird jetzt die Braut von Messina vorbereitet und Donnerstag, den 31. d. M., zum ersten mal zur Aufführung kommen. — Im Thalia-Theater wird die Poffe „Ein toller Schalk“ Sonntag zum 50. Mal gegeben. — Die Internationale Art. Tenloge veranstaltet Sonntagmittag 12 Uhr im Wintergarten eine Matinee, an der die ersten Kräfte der hiesigen Spezialitätenkünstler mitwirken. — Blanche Martini, die Promenade-Artistin des Circus Schumann, tritt nur noch wenige Tage auf, da sie sich auf einige Zeit nach Paris begibt.

Aus den Nachbarorten.

Die Schöneberger Stadtverordneten-Versammlung überwiegt in ihrer letzten Sitzung den Antrag betreffend die Aufstellung von fünf Uraniasäulen einem Auschuh, welcher besonders den Wert oder Umwert der von einigen Mitgliedern für wünschenswert gehaltenen Anbringung von meteorologischen Instrumenten erörtert soll. Außerdem trat die Versammlung dem vom Auschuh einstimmig gefaßten Beschlusse, betreffend der Haftpflichtversicherung der Lehrerschaft, bei. Die Kosten hierfür belaufen sich bei einer fünfjährigen Versicherung auf etwas über 540 M.

Politik und Schule. In Lichtenberg ist das neue Schulhaus, ein Anbau mit 14 Klassen, seiner Bestimmung übergeben worden. Beim Eröffnungssakte wurde darauf hingewiesen, daß es Aufgabe der Schule sei, die Kinder in der Religion, in der Vaterlandsliebe und in der Treue zu Kaiser und Reich zu erziehen, damit sie zum Volkswort würden gegen die immer mehr um sich greifenden Bestrebungen auf Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung. Nun wünschen die Arbeiter in Lichtenberg dem neuen Schulhaus das Beste und halten es für solide genug, um die heute noch bestehende Gesellschaftsordnung noch eine gute Weile überdauern zu können. Und daher stehen sie auch dem auf Erhaltung dieser „Ordnung“ bedachten Wunsch recht feind gegenüber. Sie wissen, daß sowohl die Zustände, welche die kapitalistische Gesellschaftsordnung bedingen, als auch die nach Möglichkeit sorgfältige und pflichtbewusste Erziehung, welche den Kindern im Elternhause zu teil wird, gar kein andres Resultat hervorbringen können als das, daß die Kinder gleich ihren Eltern zu thätigen Streikern für die kommende sozialistische Ordnung der Dinge werden. Dieser Wirkung stehen die Hunderte von Widersprüchen und Gesangsbüchern, die am ersten Tage nach der Schulentlassung verlesen sind und die sonderbaren Höhenzungenreden ganz und gar nicht im Wege. Viel mehr als die patriotische Rede bedauern die Arbeiter daher die leidige Thatsache, daß manches an dem neuen Schulgebäude noch nicht fertig ist. Ramentlich wünschen sie, daß die Bade-Einrichtung bald funktioniere.

Gerichts-Zeitung.

Als schändliche Ausbeutung eines hilflosbedürftigen Menschen bezeichnete der Staatsanwalt die Handlungsweise, die gestern den Rechtskonsulenten Wilhelm Krause unter der Anklage der Unterschlagung vor die 188. Abteilung des Schöffengerichts führte. Der Arbeiter Wendi war ein Opfer der Großen Berliner Straßenbahn geworden, bei einem Zusammenstoß hatte er einen Beinbruch erlitten. Die Gesellschaft war dann in betreff der Entschädigungsfrage mit ihm in Unterhandlung getreten, die damit endete, daß der Verunglückte sich mit einer einmaligen Abfindungssumme von 800 M. für befriedigt erklärte. Es waren nur noch einige Schriftstücke, darunter auch eine Verzichtserklärung, einzureichen, und da der Verunglückte hierzu der Hilfe bedurfte, wandte er sich an den Angeklagten. Es wurde vereinbart, daß dieser für seine Bemühungen 20 M. erhalten sollte. Am 1. Juli sollte die Auszahlung der 800 M. erfolgen und der Angeklagte begab sich mit seinem Auftraggeber nach dem Bureau der Gesellschaft. Vorher hatte der Angeklagte sich eine Generalvollmacht ausstellen lassen unter der Angabe, daß dies zur Vereinfachung der Abwicklung beitragen würde. Auf dem Bureau hatte Wendi dann die Quittung auszufüllen. Während dieser Zeit zählte der Beamte die 800 M. auf, die der Angeklagte einbrachte. Wendi fand hierin nichts Auffälliges. Beide begaben sich dann in ein benachbartes Bierhaus. Als sie Platz genommen hatten, sagte Krause: „So, nun wollen wir mal den Rest teilen“, holte 400 M. hervor und legte sie dem Wendi hin. Dieser war natürlich außer höchste Erstaunen und verlangte sein sämtliches Geld nach Abzug der Unkosten. Krause gab ihm noch hundert Mark und erklärte dabei, daß auch er etwas bei dem Geschäft verdienen müsse, bei dem er viele Scherereien gehabt. Wendi entfernte sich empört; anstatt sich aber sofort an die Polizei zu wenden, schrieb er dem Angeklagten, daß er ihm Abrechnung zu leisten und ihm das übrige Geld bald zurückzahlen habe. Er erhielt keine Antwort und erstattete schließlich Anzeige. Im Termine stellte der Angeklagte die dreifache Behauptung auf, daß er die 800 M. an den Zeugen Wendi zurückgezahlt und dieser ihn somit wider besseres Wissen begünstigt habe. Der Zeuge, der einen durchaus glaubwürdigen Eindruck machte, bestritt dies unter seinem Eide. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von neun Monaten, der Gerichtshof erkannte auf sechs Monate Gefängnis.

Gegen das französische Witzblatt „La Caricature“ richtete sich ein Strafverfahren wegen Majestätsbeleidigung, mit dem sich gestern die 2. Strafkammer des Landgerichts I zu beschäftigen hatte. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Dem Vernehmen nach hatte das Blatt in einer seiner Nummern eine Zeichnung gebracht, die sich mit der Person des Kaisers Wilhelm II. beschäftigte und eine Ehrverletzung desselben enthielt. Der Gerichtshof erkannte auf Einziehung und Androhungsbarmachung aller sich vorfindenden Exemplare, sowie der zu ihrer Herstellung bestimmten Platten und Formen.

Ein „kleiner“ Wenzland-Prozess wurde gestern vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I verhandelt. Der ehemalige Direktor des Deutschen Bankvereins G. G. Paul Wenzland, der zur Zeit seine Strafe in Plötzensee verbüßt, wurde der Strafkammer vorgeführt, um sich wegen Konkursvergehens zu verantworten. Ihm wurde vorgeworfen, die Forderung von Bilanzanten und als Liquidator der Genossenschaft die rechtzeitige Anmeldung des Konkurses unterlassen zu haben. Als die Genossenschaft umgegründet wurde und eine Kommanditgesellschaft daraus entstand, wurde die Genossenschaft mit einem gewissen Betrage von Aktien der Kommandit-Gesellschaft abgefunden. Neben die letztere wurde der Konkurs eröffnet, das Verfahren aber wegen Mangels einer Aktivmasse bald wieder eingestellt. Obgleich der Angeklagte, der der Liquidator der Genossenschaft war, daraus ersehen mußte, daß das in den Aktien der Kommanditgesellschaft bestehende Aktivvermögen keinen Pfifferling wert war, hat er es doch unterlassen, die Eröffnung des Konkursverfahrens zu beantragen. Nach dem Gutachten des gerichtlichen Sachverständigen Neuter wäre er hierzu verpflichtet gewesen. Der Angeklagte entschuldigte sich damit, daß er durch seine Verhaftung verhindert gewesen sei, den Konkurs anzumelden und im übrigen die Buchführung bezw. Bilanzierung einem Angestellten obgelassen hätte. Der Staatsanwalt beantragte 300 M. Geldstrafe event. 30 Tage Gefängnis. Rechtsanwalt Leonh. Friedmann verteidigte darauf, daß der Angeklagte zu der hier fraglichen Zeit seinen Kopf ungewöhnlich voll gehabt habe, und beantragte eine möglichst geringe Strafe. Der Gerichtshof erkannte auf 100 M. Geldstrafe event. 10 Tage Gefängnis.

Vermischtes.

Ueber das blutige Drama, von dem der Draht gestern aus Danzig berichtete, schreibt die „Danz. Ztg.“: Ein Desoffizier Namens Otto Griebel, 27 Jahre alt, Feuerwerker aus Wilhelms-Hafen, hat am Grabe des am 15. Dezember 1890 verstorbenen Grafen Ludwig Loletis seine Frau Ella Loletis erschossen, oder war sie inzwischen seine legitime Frau geworden? Die neuen Klärungen an den Händen beider deuten auf das letztere. Zuvor aber hat er die mörderische Waffe gegen eine ältere Frau gerichtet, welche die Mutter der jüngeren gewesen zu sein scheint.

Benutzt war diese eine verwitwete Marie Loletis, geb. Wasmann. Jede der Frauen hat einen Schuß in die Schläfe, die alte in die linke, die jüngere in die rechte erhalten, und so sind denn beide neben dem Grabe hingefunken, das für die eine den Gatten, für die andre den Vater barg. Beide, das Antlitz zu dem stillen Epheuflügel gewandt, so sind sie gemeinsam aus diesem Leben gegangen, und mit welchem Heroismus sie dem Tode ins Auge geschaut haben, das geht daraus hervor, daß der tödliche Schuß doch nicht beide auf einmal treffen konnte, sondern die zweite harren mußte, bis die erste vor ihren Augen zusammenbrach. Und nach diesem zweifachen Noth- und unglücklichen Mann Hand an sich selbst und machte mit einem Schuß in die Schläfe seinem Leben ein Ende. Zu Füßen des Grabes in der alten Ulmenallee lag er, als man die Leichen fand. Alle drei waren sofort tot gewesen. Gegen 8 Uhr morgens sah eine Arbeiterin des Friedhofes noch die drei mit einander unter den alten Bäumen Arm in Arm, wie sie annahm, lustwandelten. Sie grüßte jene noch mit freundlicher Gesprächigkeit, doch als sie sich zutraulich nähern wollte, da ließ sie der Feuerwerker hart an: „Was wollen Sie hier? Scheren Sie sich weg!“ Sie ging dann zum Frühstück, und als sie nach einer halben Stunde wiederkehrte, war die That geschehen. Bei den Leichen lag ein Zettel, mit Bleistift von Griebels Hand geschrieben; er enthielt die Mitteilung: „Wir gehen gemeinsam in den Tod“, und daran schloß sich die Bitte an den Friedhofsbewalter, die Leichen in der Halle dort zu bergen und dann neben dem heimgegangenen Loletis zu beerdigen.

Witterungsüberblick vom 22. Oktober 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Witterungsüberblick			Stationen	Witterungsüberblick		
	Barometer	Wind	Wolken		Barometer	Wind	Wolken
Schwetzingen	760	SW	1 bedeckt	Hamburg	765	SW	2 Regen
Hamburg	760	SW	2 wolkig	Petersburg	760	SW	3 heiter
Berlin	760	SW	1 wolkig	Paris	759	D	1 bedeckt
Frankfurt	759	SW	2 wolkig				
München	757	SW	1 bedeckt				
Wien	763	SW	2 bedeckt				

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 23. Oktober 1901. Etwaß kühler bei veränderlicher Bewölkung, leichten Regenschauern und mäßigen südöstlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

N. 1. S. Des Juch, Kl. Frankfurterstr. 3/4.
N. 2. P. 99. Wenden Sie sich an J. C. E. Bruns' Verlagbuchhandlung, Wilmersl. Weg 11.
N. 3. 128. Kaufen Sie Terpentin in die Höhe. Dieses Mittel gilt allgemein als wirksam gegen den Holzwanne. — Fraiser. Als Mitglieder des Holzarbeiter-Verbandes haben Sie doch selbst Gelegenheit, diese Anfrage an den Vorstand zu stellen.
N. 4. N. 100. Wenden Sie sich wegen Aufnahme in die Offenbacher Frauen-Krankenkasse mündlich oder schriftlich an den Ortsvorsitzenden Herrn R. Lehmann, Rixdorf, Steinwegstr. 20.
N. 5. D. 38. Sie hatten das Recht, 8 Aktien gegen eine der neuen Boden-Aktiengesellschaft umzutauschen. Die Frist zum Umtausch ist verstrichen.
N. 6. S. Vielleicht hilft Ihnen der Frauenverein zur Abhilfe der Not unter den kleinen Fabrikanten und Gewerbetreibenden, Vorliegende Frau Ida Salomonson, oder das Bürgererziehungs-Institut, Sekretär Magisterrath Sekretär Köhne, Gr. Princesstr. 7. Beide Emissionen gewähren Handwerker keine Vorteile.
N. 7. M. 100. Wenden Sie sich unter Klarlegung des Sachverhalts und dem Antrag, aus einem Fonds Ihnen etwas zukommen zu lassen, an Stadtrat Wänscheberg, Rathaus. — Langenbleien. 1. Anfrage kann bei der Staatsanwaltschaft gestellt werden, vorausgesetzt ist Verjährung nicht eingetreten. 2. Wenn der Betreffende vor vollendetem 32. Lebensjahre noch hier kommt, so läuft er Gefahr, Mitglied der kommunistischen Partei zu werden. — N. 870. Ihre Ansicht ist richtig. — Genosse Staudow. 1. Der Weiterveräußerer also, der aus einem die Versicherungspflicht begründenden Verhältnis ausscheidet, ist befreit, die Versicherung freiwillig fortzusetzen. Er muß die Weiterversicherung aber innerhalb zwei Jahre, die auf den Kündigungstag seiner Karte folgen, beginnen. Welche Art Karten er haben will (14, 20, 24, 30, 36 Pfennig-Karten) bedingt ihn frei. 2. Der Weiterveräußerer muß innerhalb 2 Jahren mindestens 20 Markten haben. Recht er weniger, so verliert er seine Rechte. Die Karte muß spätestens am 31.12.1901 umgetauscht sein. — Köpenick. Die Recitation oder dergleichen in einer geschlossenen, auf bestimmte Personen beschränkten Gesellschaft ist annehmbar, genehmigungsfrei und steuerfrei. Weicht die Recitation öffentlich, so unterliegt sie der polizeilichen Genehmigung und der Verbotsstrafe. — Vaterjunge. Ein Modell in verbleimtem Maße genügt. — G. R. 1001. Ja. Die Strafen für Zuspätkommen dürfen Ihnen nicht vom Volke abgezogen werden. Weicht es dennoch, so können Sie mit Rücksicht auf Erfolg auf Zahlung des fehlenden Lohnes klagen. — G. W. 65. Rein. — E. J. 700. 1. An Herrn Stadtschulrat Gerbersberg, Berlin, Rathaus. 2. Falls das dortige Pensionsreglement nicht gegenentwärtige Bestimmungen enthält: nein. 3. Die Gehaltsverhältnisse für die Berliner Volksschullehrerinnen sind: Anfangsgehalt 1200 M., nach 3 Jahren: 1400, nach 6: 1600, nach 9: 1700, nach 12: 1800, nach 15: 2000, nach 18: 2200 M. Der Dienst an einer nicht-berliner Schule wird voll angerechnet. 4. Hie Rhodus, wie salta nicht möglich? Hier Rhodus, hier springe. In einer der Hohenfelds räumt sich ein Prachhaus, in Rhodus einen hohen Sprung gethan zu haben, das hätten andre, auf die er sich berief, mit an-

gesehen. Darauf antwortete ihm ein Zuschauer: Wenn es wahr ist, so brauchst Du keine Zeugen, füge den Beweis durch die That: Hier ist Rhodus, hier springe. — D. Rein. — N. 2. N. 73. 1. Ja. Nicht der des Ehebruchs Schuldige, sondern der andre Ehegatte hat das Recht, Scheidung zu begehren. Dies Recht verfährt, wenn es nicht innerhalb 6 Monaten, nachdem er von dem Ehebruch Kenntnis erhalten hat, geltend gemacht wird. Wenn seit dem Ehebruch 10 Jahre verlossen sind, ist auch dann kein Scheidungsrecht gegeben, wenn der andre Ehegatte erst nach Ablauf der 10 Jahre Kenntnis von dem Ehebruch erhält. 2. In 5 Jahren. — W. D. Rein.

Statt jeder besondern Meldung. Am 21. d. Mts. verschied sanft nach kurzem Krankenlager mein geliebter Vater, unser herzensguter Großvater, der Goldschmiedemeister

Gustav Hamann
 im 77. Lebensjahre. Dies zeigt um stille Teilnahme bittend, tiefbetruht an Witwe Gertrud Hintze geb. Hamann nebst Kindern, Engel-Ufer 1.
 Die Beerdigung findet am Donnerstagmorgen 3 Uhr, von der Leichenhalle des alten Luisen-Kirchhofes in der Bergmannstraße aus statt. 1305b

Verband der Banarbeiter und Berufsgenossen Deutschlands.
 Zahlstelle Rixdorf-Str. 10.
 Am 19. Oktober verlor plötzlich durch einen Herzeinschlag unser Kollege

Joseph Pomkalla.
 Ehre seinem Andenken.
 Die Beerdigung findet Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, vom Antonskirchhof am Mariendorfer Weg statt. 44/3 Die Ortsverwaltung.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
 Mittwoch, den 23. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in Habels Brauerei, Bergmannstr. 57:

General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht des Vorstandes. 2. Diskussion. 3. Neuwahl des Vorstandes. 4. Bericht über die Mitgliederliste. 5. Mitgliedsbuch legitimiert. 6. Der Vorstand.

Centralverband der Maurer etc.
 (Zahlstelle Berlin II.)
 Donnerstag, den 24. Oktober, abends 8 Uhr:
2 Mitglieder-Versammlungen:
 für Schöneberg im Lokal Krüger, Grunewaldstraße Nr. 110.
 für Wedding im Lokal Bergmann, Papestr. 3.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht über die Vertreterwahl. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Der Vorstand.

Achtung, Bauanwärter!
 Donnerstag, 24. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal IV):
Ausserordentliche General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht der Häuser-Kommission. 2. Verschiedenes. 3. Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse der Sattler
 und verwandten Gewerke zu Berlin.
 Mittwoch, den 30. Oktober 1901, abends 8 1/2 Uhr:
Wahl-Versammlung der Kassen-Mitglieder
 im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15, Dargatzbau Saal 1.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag: Die Apothekerfrage. 2. Diskussion. 3. Aufstellung der Kandidaten zur Delegiertenwahl. 4. Ergänzungswahl von 88 Delegierten für 1902. 5. Verschiedenes.
 NB. Wahlberechtigt und wählbar zu diesem Amte sind nach § 48 des Statuts nur diejenigen Kassenmitglieder, welche großjährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind.
 Mitgliedsbuch legitimiert. 4. 274/13
 Berlin, den 22. Oktober 1901.
 Der Vorstand: Paul Jenner, Schriftführer, N. 7, Svinemünderstr. 4, v. II.

Berlin trinkt Halb und Halb, Mampe mit Pomeranzen.

Die untenstehende Darstellung zeigt, in welchem Umfange sich der Konsum von Halb und Halb, Mampe mit Pomeranzen, von Jahr zu Jahr in Berlin gesteigert hat.



In Berlin über 4000 Verkaufsstellen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Mittwoch, 23. Oktober.
Cyberhaus. Vorging-Apparat. Die beiden Schützen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Florio und Florio. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Geschlossen.
Schiller. Jugend. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Die Hoffnung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Nacht und Morgen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reising. Die Zwillingsschwester. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reibenz. Sein Doppelsänger. — Vorher: Im Coupé. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Das Geop-Weibchen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Der Widwägig. Anfang 7 1/2 Uhr.
Secessionstheater. Deller Ellen-cron's Bunte Brett. Anfang 8 Uhr.
Central. Der Vogelhändler. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Ein tolles Geschäft. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luise. Don Carlos. Anfang 8 Uhr.
Carl Weich. Berliner Rangen. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die Landstreicher. Anf. 7 1/2 Uhr.
Salle-Milane. Die Liebesblume. Anfang 8 Uhr.
Cafino-Theater. Berlin W. — Berlin N. Specialitäten. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Specialitätenvorstellung. Schön war's doch. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theateraal.) Abends 8 Uhr: Ueber den Wolken.
Im Hörsaal: Dr. Nass: Die Salsbildner. Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte.

Schiller-Theater
 (Wallner-Theater).
 Mittwoch abends 8 Uhr:
Jugend.
 Ein Liebesdrama in 3 Aufzügen von Max Halbe.
 Donnerstag abends 8 Uhr:
Hans Huckebein.
 Freitag abends 8 Uhr:
 Figaros Hochzeit oder: Ein toller Tag.

Central-Theater.
 Heute Anfang 7 1/2 Uhr:
 1. vollständige Vorstellung zu ermäßigtem Preise:
Der Vogelhändler.
 Operette in 3 Akten von Karl Heller.
 Preise zu dieser Vorstellung: Varietè-Voge 4,10 M., Rangloge u. Orchester-Parquet 3,10 M., Parquet-Fauteuil u. I. Balkon 2,10 M., nun. Parterre 1,60 u. 1,10 M., II. Balkon 80 Pf.
 Morgen zum 771. Male: Die Gelaha.

Theater Schall und Rauch,
 Unter den Linden 44.
 Mittwoch, den 23. Oktober 1901:
Neues Programm!
 Täglich:
Die Gefangene. — **Brettleiters Höllenfahrt.** — **Ein Geheimnis.** — **In Vermundschaffsachen** etc.
 Anfang 8 1/2 Uhr.

Thalia-Theater.
 Dresdenstr. 72. Heute u. folg. Tage:
Ein tolles Geschäft.
 Große Ausstattungspose mit Gefang und Long in 4 Bildern. Paula Worm in 8 Verwandlungen. Guido Thielscher in 11 Verwandlungen. Fritz Holmerding als Wolzogen. Junkermann, Boje. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Sonnabend, den 26., zum 50. Male: Ein tolles Geschäft.

Carl Weiss-Theater.
 Große Frankfurterstr. 132.
 Nur kurze Zeit:
Berliner Rangen!
 Große Ausstattungspose mit Gefang in 5 Akten und 7 Bildern v. G. Albert. Musik von H. Leonard.
 Anfang 8 Uhr! Anfang 8 Uhr! In Vorbereitung:
Der Märchenbrunnen.

Cirkus Schumann
 Henz-Gebäude, Karlstrasse.
 Mittwoch, 23. Oktober 1901, abends präc. 7 1/2 Uhr:
Grosse ausserordentliche Gala-Vorstellung.
 Aus dem ganz besonders gewählten Programm sind hervorzuheben: Sämtl. neu engagierten Specialitäten. — Direktor Hb. Schumanns neueste Originaldressuren und Konkurrenzlos — Unkloppbar
Mr. Ephraim Thompsons
Wunder-Elefanten.
 Sämtl. Dressur: Piecen vollständig neu für Berlin.
 U. a.: Schönoumal! Spanischer Tanz und danse tourbillon, ausgeführt von Miss Jessie und den Elefanten. Zum Schluss zum 12. Male:
A Travers Paris
 (Quer durch Paris) mit dem Schulfahr: Nordseebad Scheveningen.
 Große Ausstattungspose: Pantomime in 8 Akten mit schönsten Licht- und Wasser-Effekten von René Louis, Paris.

Metropol-Theater.
Schön war's doch!
 Gr. Berliner Ausstattungspose mit Gesang u. Tanz in 5 Bildern.
Emil Thomas a. G.
Joseph Josephi a. D.
H. Bender. G. Kaiser.
Eise de Veré a. D.
Frid-Frid. F. Georgette.
 Gastspiel:
Saharet!
 Anfang 8 Uhr.
 Rauchen überall gestattet.

Casino-Theater
 Lothringerstrasse 30.
 5 neue Debüts
 u. a. Mr. Resleps, zum erstenmal in Berlin. — Die drei reizenden Silvias — Steidl.
Berlin N. — Berlin W.
 Anf. wochent. 8, Sonntag 7 1/2 Uhr.

Urania.
 Tauben-Strasse 48/49.
 Im Theater um 8 Uhr:
Ueber den Wolken
 Im Hörsaal:
 Dr. Nass: „Die Salsbildner“.
 Invalidenstr. 57/62.
 Tägl. Sternwarte.

Castans Panopticum.
 Friedrichstr. 165.
Korwarths wunderbare 6 Liliputaner
 mit ihren kleinsten Pferden der Welt und Pracht-Equipage!

Passage-Theater.
 Abschieds-Vorstellungen von
Sozo * Kühne
Hiasl und Franzl
 und des glänzenden
Oktober-Programms.
 18 erstkl. Nummern.

Apollo-Theater.
 Letzte Woche!
Frau Luna
 mit dem Luftballett
Grigolatis.
 Ferner:
 10 sensation. Specialitäten.
 Anfang 8 Uhr.
 In Vorbereitung: König Aqua.

Reichshallen.
 Stettiner Sänger.
 „Bosco“.
 Meysel. Britton.
 Anfang 8 Uhr.
 Sonntag 7 Uhr.

Deutsche Konzerthallen.
 An der Spandauer Brücke 3.
 Vornehmst. Vergnügungsort!
 Täglich: Internationale Konzerte.
 Specialität-Doppel-Vorstellung von nur erstklassigen Kräften.
 Special-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.
 Vorzügliche Küche.
 Gut gepflegte Biere.

Achtung! **Achtung!**
Genossen und Genossinnen.
 Am Mittwoch, den 23. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Volks-Versammlung
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen **Dr. Kurt Freudenberg** über: „Die Gemeindefragen und die Frauen“. 2. Diskussion.
 Um zahlreiches Erscheinen, besonders der Frauen ersucht
Die Vertrauensperson.

Achtung, 6. Wahlkreis.
 Am Donnerstag, den 24. Oktober 1901, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Dietrich, Brunnenstrasse 34:
Kommunalwähler-Versammlung für den 32. Bezirk.
 Tages-Ordnung:
 1. Die Bedeutung der bevorstehenden Kommunalwahlen und unsere Aufgaben im roten Hause. Referent **Arthur Stadthagen.** 2. Diskussion.
 Parteigenossen, agitiert für den Besuch dieser Versammlung.
Das Wahlkomitee.

Sanssouci
 Kottbuserstr. 4 a.
 Wiederauftreten von **Adolf Hoffmann.**
 Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag **Hoffmanns Norddeutsche Sänger**
 Nach jeder Solire: Tanz. Anfang Sonntag 7 Uhr, von 6-7 Uhr Konzert. Entree 50 und 75 Pf. Wochentags Anfang 8 Uhr, Entree 30 u. 50 Pf. Wochentags Vereinsbillets gültig und Tanz frei. Alle andern Tage bleiben die Säle zu Festlichkeiten und Versammlungen frei.

Palast-Theater
 (früher Feen-Palast)
 Burgstr. 22.
 Direction: Winkler u. Fröbel.
 Allabendlich grosser Jubel.
 15 Sensations-Nummern.
 Um 9 Uhr härmischer Hells! Director Wilhelm Fröbel in der erfolgreichen Operette **Weibliche Barbieri.**
 Neueste Tages-Geheimnisse.
Die drei Silbersterne.
 Der Musik-Sport-Act.
 Lebende Rosen-Photographien.
 Anf. 8 Uhr. Kasseneröffnung 7 Uhr. Biletvorverkauf von 11-1 Uhr.
 In Vorbereitung:
Grossstadtzauber.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
 Karlstrasse.
 Wochentags 7 Uhr. Nur erstklassige Direction:
 Sonntags 5 Uhr. **Specialitäten. J. M. Hütt.**
 Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

Wo amüsiert man sich grossartig?
 in **Schnegelsbergs Festsälen**
 Hasenheide 21 und Jahnstrasse 8.
 Inh.: **Max Schindler.**
 Heute: **Grosser Ball und Thaler-Regen**
 verbunden mit Cigarren-, Boule-Regen und diversen Ueberraschungen.
 Täglich: **Specialitäten-Vorstellung.** Entree frei.

Cirkus Busch.
 Mittwoch, 23. Okt., abends 7 1/2 Uhr:
Elite-Gala-Abend.
 Ho gut Brandenburg allewege.
 Gr. Ritter- u. Ritter-Schau aus der hiesigen Zeit zu Wasser u. s. Lande.
 Zum erstenmale in Berlin:
 Der **Maximilian** in Berlin:
 Brose mit seinen 5 Elefanten.
36 Mark
 elegante Winter-Paletots.
30 Mark
 hochfeine Herren-Anzüge.
 12 Mark 2472L.
 Schwere Winter-Beinkleider.
 Anfertigung nur nach Maß.
 Guter Stoff, tadelloser Sitz.
14 Krausenstr. 14,
 1 Kr. kein Laden 1 Kr.

Dr. med. Schaper
 homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f.
Haut- u. Harnleiden,
Frauenkrankheiten.
 Königgrätzerstr. 37. Spr. 9-1. 4-7.

Steppdecken
 kauft man am besten und billigsten nur direkt in der Fabrik
B. Strohmandel, Berlin S., 72, Wall-Strasse 72,
 wo auch alte Decken aufgearbeitet werden.
 24078*

Meissner Geld-Lotterie
 Ziehung vom 26. Oktober bis 2. November 1901
Höchster Gewinn 100,000 M.
 im günstigsten Fall:
 2500L*
 in Summa 13160 Gewinne ohne jeden Abzug zahlbar.
Lose a 3 Mk., für Porto und Gewinnliste 30 Pfennig extra,
 empfiehlt und versendet auch unter Nachnahme
Carl Heintze, Bankgeschäft, Berlin W.,
 Unter den Linden 3.

Waarenhaus Hermann Tietz.

Herren-Confection. Besonders vortheilhafte Preise solange der Vorrath reicht.

Herren-Paletots, blau, schwarz, marengo	21, 26, 35 M.
Herren-Anzüge, schwarz, grau, marengo Cheviot und Kammgarn diagonal	22, 27, 33 M.
Herren-Hosen in den verschiedensten Mustern	4.50, 7.—, 10.— M.

1 Posten Anzüge schwarz und farbig **26.— M.**

Loden-Joppen, gefüttert 4.50, 6.—, 9.—, 12.— M.

Anfertigung nach Maass unter Garantie für tadellose Ausführung.

Hoffmanns Volksgarten Westend
sind Säfte für Sonnabende zu best-
kauflichen unter constanten Bedingungen
zu vergeben. 26219*

Teilzahlung monatlich 10 Mk. liefert elegante Herren-Garderobe
nach Maß, auch bar Kasse allerbilligste
Preise. Fert. Garderobe stets vorräthig.
Temporowski, Schneidermeister,
Neanderstr. 16. II.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgeg.
Sämtliche Anfragen und Zuschriften sind bis auf weiteres an den
2. Vorsitzenden **Adolf Hübnert**, Wilhelmstraße 134, zu senden.
Der Vorstand.
16/20

Achtung! Für Arbeiter! Achtung!
Gelegenheitskäufe in guter getragener Herren- und Knaben-Garderobe,
im Verkauf verfallener Garderobe, Hüben, Ketten, Ringe, Großes Lager
in Winter-Paletots und Betten nur allein bei
L. SOMMERFELD
Dramenstraße 195
- Ecke Heinrichs-Platz, Eingang Mariannenstraße (im Keller). -

Neue freie Volksbühne.
Am Sonntag, den 27. Oktober, nachmittags 2 1/2 Uhr, im
Belle-Alliance-Theater:
Die Journalisten.
Aufspiel in 4 Aufzügen von Gustav Freitag.
Mitglieder werden noch in allen Gaststätten, sowie beim Kassierer
H. Neft, Georgenkirchstraße 47 I. aufgenommen.
Der Vorstand.
Vorzüglichste Garantie, Teilzahl. Plomb. Schmelz.
Zahng., Umarm. (schlecht) Geb. Goldstein, Dramenstr. 123

Berichtigung.
Ich teile ergebenst mit, daß ich
keine Milch mehr aus der
Centrale nehme.
Dochschindl
Gustav Reiche,
Rottfischerstr., Galtenstr. 13.
Engl. Garten.
Alexanderstraße 27c.
Sonnabend, den 16. November,
Totenfeier, Sonnabend, den
30. November, Saal frei unter
ganz constanten Bedingungen.

3. Ziehung 4. Klasse 205. Rgl. Preuss. Lotterie.
Ziehung am 22. Oktober 1901, vormittags.
Aus der Gewinne über 232 Mill. sind den betreffenden
Klassen in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.)
50 183 253 [5000] 99 06 324 438 93 514 1064 219
255 430 33 70 74 676 82 791 809 78 84 [5000] 960 67
2556 182 207 394 494 702 824 3282 [5000] 316 56
536 4093 134 72 245 81 309 423 84 639 66 72 742 839
980 5050 97 118 515 33 95 872 71 81 950 93 6005
48 105 260 459 68 578 [10000] 98 814 7033 233 70
74 316 738 91 831 901 38 8044 246 79 413 629 83 790
820 902 [5000] 9162 204 435 653 635
10021 203 17 25 97 302 438 408 739 75 954 11011
626 646 82 818 47 12148 279 413 30 [10000] 553 630
80 709 895 904 44 58 88 13162 360 80 590 637 83 95
740 66 918 37 14055 38 [5000] 340 527 685 85 15039
81 148 263 45 67 333 695 847 81 956 [10000] 281 307
17 34 625 750 823 908 45 97 17007 [30000] 167 337
67 574 76 [5000] 667 895 951 63 18117 75 291 97 324
594 637 [5000] 754 895 901 [10000] 22 19103 211 436
724 800 93 987
20034 [10000] 54 122 264 413 44 97 532 377 21076
307 216 [10000] 33 51 306 543 22944 123 [5000] 27 64
65 321 [5000] 459 [10000] 606 12 15 54 870 75 905 31
23085 237 47 75 321 411 90 553 636 754 [5000] 82
80 826 64 251 24216 83 337 434 63 77 633 91 606
80 710 12 854 95 [10000] 25037 41 93 85 111 17 243
410001 313 70 510 15 10 88 707 924 26184 476 525 611
80 72 780 64 830 80 969 73 27086 114 [5000] 36 833
401 699 820 28011 98 103 13 65 294 314 60 67 70
540 644 [30000] 834 994 29124 229 50 518 [10000] 670
30184 [5000] 74 99 292 344 [5000] 525 625 41 740
635 31198 207 358 75 429 59 529 694 926 32170 97
230 499 590 614 78 94 704 29 914 79 89 33124 281
478 665 714 66 34346 436 70 514 [5000] 17 32 51
[10000] 690 897 975 35111 410 511 696 812 36164
41 422 64 543 649 855 37088 150 [5000] 239 46 47
352 414 647 721 802 41 35158 203 58 91 337 71 470
820 77 39221 62 388 470 532 64 78 640 844 60
40057 106 524 27 682 89 706 804 95 41117 71
240 312 75 648 703 868 [30000] 42060 100 73 94 [30000]
215 563 492 530 65 632 796 904 98 43083 396 301 440
605 863 44016 90 100 268 [5000] 637 807 88 884
45026 207 58 [5000] 89 493 98 503 93 705 32 865
46063 351 [30000] 56 [30000] 97 402 708 923 74 47010
342 58 78 697 801 48020 21 151 [10000] 274 383 [10000]
48 497 804 38 924 62 49006 [5000] 106 37 250 311 [5000]
23 29 681 70 964
50403 36 547 691 853 62 939 51058 194 356 540
66 738 807 834 52011 34 153 318 541 625 97 50966
123 [5000] 325 453 54 733 829 963 [10000] 54042
101 5 89 323 60 597 639 77 55993 281 323 97 425
436 58 508 27 697 732 60 821 905 6 56099 148 218
434 41 545 631 79 725 91 869 85 934 57210 43 46
562 745 800 40 [5000] 74 946 50 58321 90 538 620
61 812 41 90 937 89 59042 124 263 300 [5000] 414
608 41 601 723 82 805 73 948
60059 399 603 716 [10000] 45 56 860 909 61057
214 401 650 56 [5000] 75 89 611 709 88 874 914 62131
61 515 24 653 88 737 [10000] 854 84 [30000] 987 63082
319 26 48 416 21 63 [5000] 94 605 855 [5000] 64142
229 [5000] 47 81 415 569 605 926 65111 290 85
321 30 31 90 [5000] 496 645 970 66398 54 74 83 234
57 86 333 406 92 581 901 3 922 67008 [5000] 69 313
56 454 [10000] 97 598 688 [5000] 96 822 918 68022 35
[30000] 121 237 694 [30000] 730 844 93 69087 135 91
[30000] 527 58 640 878
70055 70 161 453 83 700 926 37 40 89 71015
332 83 265 763 833 931 38 72799 134 291 [5000] 781
939 73141 328 [30000] 46 69 88 698 716 913 74022
157 76 283 321 459 34 [5000] 90 737 75039 565 606
713 853 82 971 97 76235 410 [30000] 20 33 59 680
83 940 77155 514 76 848 826 929 78082 [5000] 132
70 514 22 [5000] 84 869 856 922 79147 496 614 723 82
[10000] 841 909
80112 355 66 750 864 81105 663 739 882 94
82180 202 25 361 51 444 59 539 690 835 922 83060 64
174 78 356 84 [5000] 793 838 928 52 [5000] 84042 115
[50000] 418 [5000] 694 44 822 944 85075 626 708 69
74 916 86046 128 39 234 565 636 55 729 46 33 58 899
87938 83 [5000] 55 845 71 947 88205 305 434 572 [5000]
75 679 805 69 920 89023 120 97 207 42 90 443 98
690 75 86 [5000] 90 [5000]
90025 38 333 79 458 447 49 088 91017 50 314
17 468 848 92105 217 388 90 519 57 706 20 53 95 840
93 914 17 81 93039 200 90 328 729 806 94006 142
405 255 [10000] 628 89 701 924 69 95114 212 46 86 392
422 96195 210 410 813 57 97134 261 337 409 10 821
39 678 916 98001 [10000] 212 74 352 68 813 61 [10000]
85 99038 288 251 524 67 646 96 829
100131 280 325 422 77 599 612 49 90 738 999
100109 79 697 393 468 528 [5000] 91 698 751 83 905 65
102017 118 45 216 70 471 103037 303 38 693 846
103101 47 306 52 71 404 39 58 510 713 930 105017
449 566 613 751 900 106097 182 232 46 74 [5000] 381
82 570 617 707 20 90 107150 201 39 49 52 349 66 98
542 901 108190 945 452 81 519 89 663 719 835 109130
607 620 707 45

110230 453 614 31 61 546 987 111174 263 [10000]
64 460 533 58 707 831 907 112135 77 201 44 61 71
334 39 727 31 904 113044 [30000] 134 66 [10000] 317
53 567 85 613 830 72 76 88 932 114121 [10000] 393
462 674 716 60 [30000] 115115 23 863 519 49 971
116277 [5000] 399 406 555 637 30 708 34 72 883 117055
132 50 422 30 605 865 89 969 118115 273 303 906
119222 35 60 379 410 512 30 88 88 639 754 518 30 922
120005 22 271 339 82 88 456 991 928 121065 96
490 97 564 616 750 99 122005 28 101 335 [5000] 460
714 859 974 123156 274 [30000] 407 14 73 [5000] 584
986 124772 839 [10000] 83 125001 274 446 [5000]
500 643 706 [5000] 53 89 894 939 126129 80 394 463
86 685 751 55 61 826 35 43 908 12 127029 68 68 74
238 64 [10000] 73 96 355 80 4 64 555 793 829 128039
172 77 357 412 526 45 886 923 [5000] 29 59 [30000] 67
[30000] 75 129104 14 27 518 89 638 760 800 36 89 926
130157 224 81 894 459 928 767 812 42 984 131235
321 49 81 401 84 [50000] 747 838 28 833 132064
97 189 256 310 96 425 535 834 83 900 55 133611 17
801 134029 43 150 212 52 653 54 708 33 135000
133 84 449 589 903 79 715 40 41 82 823 136382 712
814 935 37 137179 317 34 47 725 138180 234 43
468 519 777 844 139251 341 424 27 [5000] 603 742 64
94 832 935
140075 97 135 [5000] 208 341 418 571 600 93 722
890 926 56 [10000] 61 141180 207 42 58 442 750 74
[10000] 838 58 944 142147 314 22 430 [30000] 34 51
[5000] 68 682 788 838 143100 [10000] 709 13 866 89
144233 91 336 466 693 15 701 897 145266 85 406 53
74 524 902 71 [5000] 89 748 941 91 146298 37 403 569
648 934 94 96 147048 50 338 662 81 871 913 148192
315 808 747 880 92 149009 188 95 479 [5000] 694
708 89
150138 67 90 290 308 [5000] 578 934 76 151040
158 292 402 97 519 66 74 610 44 60 813 95 152099
327 56 494 787 [5000] 93 979 84 153070 111 563 667
708 831 154115 229 32 322 478 592 641 734 942
185477 620 668 156062 109 238 390 82 748 890 951
78 157060 193 [8000] 237 311 530 702 83 821 158311
453 599 638 717 25 852 72 945 159000 19 85 172 97
281 314 610 [5000] 811 25 928
160063 111 80 263 309 468 566 876 161008 [10000]
11 57 134 [5000] 50 57 268 343 420 50 730 883 936
79 162022 40 327 454 99 928 707 59 904 38 163029
[10000] 321 543 821 164022 104 339 87 527 91 759
165200 222 80 311 73 544 52 606 65 84 734 166027
49 [5000] 276 469 570 77 666 72 79 724 58 806 57 167042
12 299 631 925 168042 68 215 607 758 904 169032
139 86 224 [5000] 319 29 610 24 77 90 877
170002 148 85 411 503 36 696 710 171082 209
308 569 890 172040 98 92 128 79 290 392 711 319
988 173084 426 76 610 734 839 952 174089 [5000]
121 394 59 582 85 669 714 175032 160 398 434 [30000]
39 50 619 96 176062 292 570 338 845 961 177050
181 448 633 [30000] 778 973 178120 308 19 23 46 62
417 99 726 875 907 85 94 [10000] 179083 163 825 20
65 99
180193 248 67 [5000] 537 96 639 791 891 181183
240 53 321 401 545 75 606 75 705 809 182731 969
965 183211 16 301 464 528 53 646 63 94 790 92
184022 672 185079 129 247 331 534 653 962 186043
72 227 678 54 97 743 85 947 187465 509 42 48 74 941
89 188146 270 309 40 531 602 15 80 933 40 82 189063
289 481 868 916
190040 71 764 983 191058 113 202 15 51 475
79 [30000] 691 843 969 192043 [10000] 149 [10000] 734
42 52 897 922 193091 443 [30000] 729 [10000] 40
638 38 194086 167 86 216 33 65 305 34 88 426 328 527
195156 213 13 394 440 73 717 23 819 195066 198
237 [30000] 79 461 584 642 79 785 81 926 84 197183
98 283 485 699 198209 78 340 465 595 907 [10000]
199113 [5000] 251 [30000] 437 802 613 38 90 776 832 911
200115 98 290 305 [5000] 514 694 803 [5000] 44 58
60 910 51 201274 81 475 558 697 709 23 202049
62 114 240 65 332 79 440 533 894 442 203174 284
390 463 97 800 [5000] 42 81 88 729 91 811 204118
206 91 371 451 599 602 42 44 [5000] 743 [10000] 85 462
95 205495 33 35 37 324 32 50 71 642 79 868 924
206150 70 298 26 533 776 977 207031 225 59 711
823 [10000] 48 925 208045 459 83 [10000] 509
629 49 765 59 86 95 889 905 209066 242 381 682
743 801 7 85 906
210332 63 502 634 49 770 807 904 31 89 211031
66 119 270 [5000] 382 513 714 819 972 212029 112
215 60 549 472 611 60 772 916 [5000] 49 74 213005
93 162 267 762 214136 46 355 65 80 411 14 32 [3000]
65 635 57 708 72 974 215057 67 90 [3000] 735 [10000]
216178 298 301 11 460 890 217044 221 313 17 51
404 78 587 96 643 74 717 818 929 41 218514 57 692
901 565 219047 117 841 473 547 666 938 41 57 96 787
822 221083 502 603 701 853 910 62 31 222045
[10000] 32 474 246 223174 [10000] 342 48 464 74
224050 86 133 344 66 471 [5000] 522 625 888 971
Im Gewinnsatz vertheilt: 1. zu 100 000 Thl., 2. zu 100 000 Thl., 3. zu 100 000 Thl., 4. zu 100 000 Thl., 5. zu 100 000 Thl., 6. zu 100 000 Thl., 7. zu 100 000 Thl., 8. zu 100 000 Thl., 9. zu 100 000 Thl., 10. zu 100 000 Thl., 11. zu 100 000 Thl., 12. zu 100 000 Thl., 13. zu 100 000 Thl., 14. zu 100 000 Thl., 15. zu 100 000 Thl., 16. zu 100 000 Thl., 17. zu 100 000 Thl., 18. zu 100 000 Thl., 19. zu 100 000 Thl., 20. zu 100 000 Thl., 21. zu 100 000 Thl., 22. zu 100 000 Thl., 23. zu 100 000 Thl., 24. zu 100 000 Thl., 25. zu 100 000 Thl., 26. zu 100 000 Thl., 27. zu 100 000 Thl., 28. zu 100 000 Thl., 29. zu 100 000 Thl., 30. zu 100 000 Thl., 31. zu 100 000 Thl., 32. zu 100 000 Thl., 33. zu 100 000 Thl., 34. zu 100 000 Thl., 35. zu 100 000 Thl., 36. zu 100 000 Thl., 37. zu 100 000 Thl., 38. zu 100 000 Thl., 39. zu 100 000 Thl., 40. zu 100 000 Thl., 41. zu 100 000 Thl., 42. zu 100 000 Thl., 43. zu 100 000 Thl., 44. zu 100 000 Thl., 45. zu 100 000 Thl., 46. zu 100 000 Thl., 47. zu 100 000 Thl., 48. zu 100 000 Thl., 49. zu 100 000 Thl., 50. zu 100 000 Thl., 51. zu 100 000 Thl., 52. zu 100 000 Thl., 53. zu 100 000 Thl., 54. zu 100 000 Thl., 55. zu 100 000 Thl., 56. zu 100 000 Thl., 57. zu 100 000 Thl., 58. zu 100 000 Thl., 59. zu 100 000 Thl., 60. zu 100 000 Thl., 61. zu 100 000 Thl., 62. zu 100 000 Thl., 63. zu 100 000 Thl., 64. zu 100 000 Thl., 65. zu 100 000 Thl., 66. zu 100 000 Thl., 67. zu 100 000 Thl., 68. zu 100 000 Thl., 69. zu 100 000 Thl., 70. zu 100 000 Thl., 71. zu 100 000 Thl., 72. zu 100 000 Thl., 73. zu 100 000 Thl., 74. zu 100 000 Thl., 75. zu 100 000 Thl., 76. zu 100 000 Thl., 77. zu 100 000 Thl., 78. zu 100 000 Thl., 79. zu 100 000 Thl., 80. zu 100 000 Thl., 81. zu 100 000 Thl., 82. zu 100 000 Thl., 83. zu 100 000 Thl., 84. zu 100 000 Thl., 85. zu 100 000 Thl., 86. zu 100 000 Thl., 87. zu 100 000 Thl., 88. zu 100 000 Thl., 89. zu 100 000 Thl., 90. zu 100 000 Thl., 91. zu 100 000 Thl., 92. zu 100 000 Thl., 93. zu 100 000 Thl., 94. zu 100 000 Thl., 95. zu 100 000 Thl., 96. zu 100 000 Thl., 97. zu 100 000 Thl., 98. zu 100 000 Thl., 99. zu 100 000 Thl., 100. zu 100 000 Thl., 101. zu 100 000 Thl., 102. zu 100 000 Thl., 103. zu 100 000 Thl., 104. zu 100 000 Thl., 105. zu 100 000 Thl., 106. zu 100 000 Thl., 107. zu 100 000 Thl., 108. zu 100 000 Thl., 109. zu 100 000 Thl., 110. zu 100 000 Thl., 111. zu 100 000 Thl., 112. zu 100 000 Thl., 113. zu 100 000 Thl., 114. zu 100 000 Thl., 115. zu 100 000 Thl., 116. zu 100 000 Thl., 117. zu 100 000 Thl., 118. zu 100 000 Thl., 119. zu 100 000 Thl., 120. zu 100 000 Thl., 121. zu 100 000 Thl., 122. zu 100 000 Thl., 123. zu 100 000 Thl., 124. zu 100 000 Thl., 125. zu 100 000 Thl., 126. zu 100 000 Thl., 127. zu 100 000 Thl., 128. zu 100 000 Thl., 129. zu 100 000 Thl., 130. zu 100 000 Thl., 131. zu 100 000 Thl., 132. zu 100 000 Thl., 133. zu 100 000 Thl., 134. zu 100 000 Thl., 135. zu 100 000 Thl., 136. zu 100 000 Thl., 137. zu 100 000 Thl., 138. zu 100 000 Thl., 139. zu 100 000 Thl., 140. zu 100 000 Thl., 141. zu 100 000 Thl., 142. zu 100 000 Thl., 143. zu 100 000 Thl., 144. zu 100 000 Thl., 145. zu 100 000 Thl., 146. zu 100 000 Thl., 147. zu 100 000 Thl., 148. zu 100 000 Thl., 149. zu 100 000 Thl., 150. zu 100 000 Thl., 151. zu 100 000 Thl., 152. zu 100 000 Thl., 153. zu 100 000 Thl., 154. zu 100 000 Thl